

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Bürgelstr. 17)
bei C. H. Ullrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Nr. 76.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 31. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltenen Petitsäule über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Februar und März werden bei allen Postanstalten zum Preise von 3 Mk. 64 Pf., sowie von sämtlichen Distributoren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 3 Mark entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst anmerksam machen.

Expedition der Posener Zeitung.

SS Zur Währungsfrage.

Der Reichshaushaltsetat für das bevorstehende Rechnungsjahr, wie er dem Bundesrath vorgelegt worden, enthält keine Ansätze, welche auf die Wiederaufnahme des Silberverkaufs und der Goldausprägungen zu schließen gestatteten. Bekanntlich ist beides seit Mitte v. J. seit der Reichstags-Verhandlung über die Interpellation Delbrück-Bamberger sistirt. Diese Unterbrechung in der vollen Durchführung der Münzreform muß nicht notwendig eine Gefährdung der letzteren bedeuten: es kann bei der Sistirung der Silberverkäufe lediglich darauf abgesehen sein, bessere Preise abzuwarten, resp. auf ein Steigen derselben hinzuwirken; und wenn auf diese Art dem Reiche ein Theil der mit dem Übergange zur Goldwährung unvermeidlich verbundenen Verluste erspart werden könnte, verdiente die Maßregel ja nur Zustimmung. Doch es ist höchst zweifelhaft, daß durch Zurückhalten unseres demonetisierten Silbers ein erheblicher Einfluß dauernd auf den Silberpreis geübt werden könnte, wie sich aus gleich anzuführenden Zahlen ergiebt; es ist vielmehr nicht ausgeschlossen, daß wir später, wenn der Verkauf endlich doch erfolgen muß, eine noch ungünstigere Preis-Konjunktur treffen, als die gegenwärtige; vor Allem aber: der interimistische Zustand ermutigt alle Gegner unserer großartigen Münzreform, ihre Anstrengungen behufs Bereitstellung derselben immer wieder aufzunehmen. Um so dankenswerther ist es, daß die erste deutsche Autorität auf diesem Gebiete, Professor Soetbeer, der die Münzreform in jedem ihrer Stadien mit seinem sachkundigen Rathe gefördert und dem Publikum literarisch erläutert hat, soeben (im neuesten Heft der „Preuß. Jahrbücher“) nochmals die älteren, bekannten und dazu eine Anzahl neuerer thathählicher Momente zusammengestellt hat, welche die Grundlosigkeit der landläufigen Vorwürfe gegen den Übergang Deutschlands zur Goldwährung darthun. Im Hinblick auf die im Reichstage abermals zu erwartenden Debatten über diesen Gegenstand heben wir einige der wichtigsten Ausführungen Soetbeer's hervor.

Derjenige hält es zunächst für notwendig — und schlimm genug, daß es wirklich notwendig scheinen kann! —, darzuthun, wie unbegründet die Behauptung ist, der Übergang zur Goldwährung sei im Jahre 1871 gewissermaßen improvisirt worden, ohne reelle Prüfung aller für und wider sprechenden Gründe. Dass vergleichs überhaupt nur ausgesprochen werden kann, ohne den, der es riskirt, unheilbar lächerlich zu machen, ist in der That ein drastischer Beweis dafür, wie kurz das Gedächtniß der öffentlichen Meinung ist, wie viel sich darauf hinfindigen lässt: fast zwei Jahrzehnte hindurch war in Deutschland die Notwendigkeit einer Münzreform auf der Basis der Goldwährung in der Fachliteratur, in der Presse, auf volkswirtschaftlichen Kongressen und Handelstagungen, in Berichten der Handelskammern etc. erörtert worden, als die französische Kriegsosten-Zahlung die mit staatsmännischer Entschlossenheit und Geschicklichkeit ergriffene Gelegenheit zur thathählichen Durchführung einer Maßregel lieferte, welche von der weit überwiegenden Mehrzahl aller Sachverständigen längst als unabweisbar erkannt war. Leser, welche sich für diese Entwicklungsgeschichte der deutschen Münzreform interessiren, finden die Daten bei Soetbeer zusammengestellt; seine Citate reichen bis auf das Jahr 1838 zurück, wo z. B. G. Hoffmann, der damalige hochverdiente Direktor des preußischen statistischen Bureaus, in seiner „Lehre vom Gelde“ den Übergang zur Goldwährung befürwortete. Noch falscher, wenn möglich, als die Behauptung von einer im Jahre 1871 vollzogenen unbedachten Improvisation ist die andere, daß man die Möglichkeit eines beträchtlichen Sinkens des Silberpreises und somit eines erheblichen Verlustes beim Verkaufe des demonetisierten Silbers nicht rechtzeitig in Anschlag gebracht hätte; Prince-Smith z. B. hat sie 1869 sehr lebhaft ausgemalt, und Niemand war über diese Eventualität im Zweifel; man sagte sich aber, daß, wer den Zweck will, auch die Mittel wollen muß. Im Augenblick am wichtigsten und interessantesten sind Soetbeer's Nachweise darüber, wie weit eine Einwirkung der deutschen Silberverkäufe auf den Preis dieses, von seiner Welt-herrscher-Stellung als Münzmaterial entthronten Metalls wirklich zu konstatiren ist. Bevor wir dazu übergehen, sei auf Grund der

Soetbeer'schen Angaben beiläufig ein Vorwurf entkräftet, welcher jetzt wieder in Börsenblättern zeitweise auftritt, z. B. wenn für die Weiterfristung einer unsinnigen Börsen-Spekulation während der „Ultimo-Regulierung“ das „Geld knapp“ ist: der Vorwurf, die Münzreform habe in Verbindung mit dem Bankgesetz den Geldumlauf des Landes ungebührlich eingeschränkt. Allerdings ist erfreulicherweise der Ausdehnung des ungedeckten Banknoten-Umlaufs eine Grenze gezogen worden, welche hoffentlich verhindern wird, daß demnächst wieder einmal durch überflüssige Vermehrung der Umlaufsmittel alle Preise, wie 1871—74, unnatürlich in die Höhe getrieben werden; aber gleichzeitig hat sich nach Soetbeer's Zusammenstellung der Metallumlauf von 1800 Millionen Mark im Jahre 1871 (und zwar 10 Prozent in Gold und 90 Prozent in Silber) auf 2400 Millionen Mark im Jahre 1879 (65 Prozent in Gold und 35 Prozent in Silber) erhöht!

Welchen Einfluß nun haben die deutschen Silberverkäufe auf den Preis des Silbers geübt? Im Jahre 1871 entsprach derselbe dem Werthverhältnis von 15½ : 1, nach welchem der Übergang von der einen zur anderen Währung bei uns erfolgte; er war auf dem londoner Markte 60¾ Pence pro Unze. Seitdem sind große Schwankungen eingetreten, bis zu 46¾ Pence herab (Anfang Juli 1876) und wieder bis auf 56 Pence hin auf (während des Jahres 1879). Aber eine Vergleichung dieser Schwankungen mit denjenigen Ursachen der Silberentwertung, welche jeweilig wirkten, zeigt, daß die Veränderung der in Silber auszugleichenden Zahlungsbilanz zwischen England und Indien, die erhöhte Silber-Produktion in Amerika und die Einstellung der Silberprägung in den Staaten des lateinischen Münzverbandes einen unglaublich starken Einfluß geübt hat, als die Silberverkäufe Deutschlands. Die letzteren haben in dem Zeitraum von 1871—9 nicht 3,650,000 Kilogramm überschritten, während die Silberproduktion dieses Zeitraums auf mehr als 18 Mill. Kilogramm zu schäzen ist; in den Minen von Nevada war in den Jahren 1861—70 die durchschnittliche Jahresproduktion 1,220,000 Kilogr., dagegen in den Jahren 1871—75 fast 2 Mill. Kilogr. Von ähnlicher Bedeutung für den Silberpreis, wie die Steigerung der Produktion, war, wie schon erwähnt, die Handelsbilanz zwischen England und Indien: von 1860 bis 1872 wurden von London nach Indien jährlich 174 Mill. M. Silber exportirt, von 1872 bis 1878 aber jährlich nur 104 Mill. M. Wäre dieser Rückgang nicht eingetreten, so wäre die Silbernachfrage von 1872 bis 1879 um etwa 560 Mill. M. beträchtlicher gewesen, d. h. sie hätte hingerichtet, das während dieser Zeit von Deutschland an den Markt gebrachte Silber zu absorbieren. Endlich die Einstellung der Silberprägung in den Staaten der lateinischen Münzunion hat die Nachfrage nach Silber um jährlich 150 Mill. M. verringert. Jede einzelne der eben aufgeführten drei Hauptursachen der Silberentwertung, sagt Soetbeer, „überwiegt bedeutend die von der deutschen Münzreform ausgegangenen zeitweiligen Einwirkungen; es erscheint uns nicht zweifelhaft, daß, wenn Deutschland 1871 seine Münzeinigung auf Grund der beibehaltenen Silberwährung geregelt hätte, jene drei anderen Ursachen so, wie geschehen, wirksam gewesen wären, das Schwanken und Sinken des Silberpreises im Großen und Ganzen in wesentlich gleichem Maße stattgefunden haben würde.“

Aus der cisleithanischen Delegation.

Aus den Verhandlungen der cisleithanischen Delegation vom 27. über die ausswartige Politik Österreichs heben wir Folgendes hervor:

Del. Baron von Hohenlohe: Das wichtigste Ereignis in der auswärtigen Politik ist unstrittig unsere Annäherung an Deutschland, und wenn etwas angethan ist, mich mit der Politik des abgetretenen Ministers des Neufers zu versöhnen und mir Vertrauen zu dem jetzigen Minister einzuföhren kann, so ist es die Politik, in Deutschland einen Bundesgenossen zu suchen und ihm ein Bundesgenosse zu sein. Es entwirkt diese Politik meinem Ideale und meiner Erwartung von der Stellung, welche beide Reiche in Europa einzunehmen berufen sind. Wir erlebten dabei auch die Genugthuung, daß diese Ansicht, dererthalben ich und meine Gesinnungsgenossen so lange verfehlt worden sind, regierungsfähig geworden ist, indem sie durch den Minister selbst verwirklicht wurde. Hauptsächlich wird sich dieses freundschaftliche Verhältnis auch auf das handelspolitische Gebiet erstrecken und zwar nicht etwa in der Weise, daß der eine Staat aus der Haut des anderen Niemen schneidet, oder in der Weise, daß, wie wir das jüngst bei uns gesehen haben, der eine Theil sich bereit erklärt, eine große schwierige Gebirgsbahn mit grossem Aufwande zu bauen zum Nutzen des anderen Theiles, während dieser letztere nicht einen Heller zur Herstellung eines anderen großen Verkehrswege beisteuern und eine die Verpflegung unserer Truppen erleichternde Bahn nicht bauen will. Nicht in dieser kleinen, egoistischen Weise, sondern nach großen, festen Grundsätzen, durchgeführt mit sicherer, fundiger Hand und von dem Bewußtsein der Solidarität getragen, denke ich mir die handelspolitische Auseinandersetzung mit dem deutschen Reiche. Redner bedauert, daß dieses Ziel bisher nicht in einer Weise verfolgt worden ist, mit welcher er sich einverstanden erklären könne. Er weist auf die plötzliche Aufhebung des Kohleinenverkehrs hin und bittet den Minister, Alles daran zu setzen, um möglichst rasch Klarheit und Stabilität in diese verworrenen Verhältnisse zu bringen. (Bravo! Bravo!)

Del. Baron Hohenlohe: Wir haben aus dem Munde des Kaisers beim Empfang der Delegationen das beruhigende Wort von dem Fort-

bestande der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten gehört. Dieses Wort hatte eine besondere Bedeutung, weil es gesprochen wurde nach Ablauf des ersten Jahres nach Abschluß des Berliner Friedens, das heißt zu einer Zeit, wo man schon sehen konnte, ob die Beschlüsse des Kongresses zur Ausführung kommen. Und dieses fairerliche Wort enthielt die Überzeugung, daß sämtliche Mächte entschlossen sind, die von ihnen übernommenen Verpflichtungen einzuhalten und darin liegt die größte Garantie der Erhaltung des Friedens. Was zuerst Frankreich betrifft, so wurde in neuerster Zeit von dem dortigen Minister an alle europäischen Staaten eine Note versendet, welche überall in hohem Grade befriedigt hat. Wir können uns nicht vorbehalten, daß in Frankreich jetzt ein Problem gelöst werden soll: die Gründung stabiler und legaler Zustände in den Formen der Republik. In denjenigen offiziellen Kreisen nennt man es die république nécessaire; ich begnüge mich, es zu nennen die république possible, einen Versuch. Die einen sagen: Der Versuch wird gelingen, die anderen: Er wird nicht gelingen. In einem Punkte müssen Alle übereinkommen: Wenn der Versuch, wiederholt unternommen, immer mißlang, so kann er möglicherweise auch diesmal mißlingen. Nun ist tatsächlich dieser Versuch so oft unternommen worden und immer mißlungen und er hat stets ein Ende mit Schrecken gefunden. Man muß sich nun fragen: Wird es möglich sein, daß Frankreich auf der schiefen Ebene aufhält oder wird es hinabsteigen in den Pfuhl der Kommune und diese Kommune würde diesmal nicht nur Herr von Paris sein, sondern Herr von Frankreich. Sie würde verfügen über die Finanzkräfte des Landes, über seine Administration, und sie würde, um den Widerstand der monarchischen Parteien zu lähmen, das Heil suchen im auswärtigen Kriege. Ich hoffe, daß dies nicht geschehen wird, aber ich behaupte, daß es geschehen kann.

Nachdem Redner die Hoffnung ausgesprochen, daß die italienische Regierung den Agitationen der Irredenta fern stehe und nachdem er das alte und ungehörte Freundschaftsverhältnis zu England beleuchtet, fährt er fort, indem er sich zu Deutschland wendet:

Nach 1866 herrschte das Verlangen der Revanche in Österreich und das Verzweifeln an dem Fortbestande der Monarchie, in Deutschland, besonders nach den Erfolgen von 1870, das Gefühl, daß man nun die deutschen Provinzen Österreichs mit Deutschland vereinen könne. Aber wir in Österreich entdeckten mittlerweile, daß wir lebensfähige Elemente besitzen, um eine große, starke, freie Monarchie zu bilden und daß andererseits das ethnische Band mit Deutschland nicht zerissen sei. Und in Deutschland empfand man, daß, je mächtiger Deutschland wurde, es auch um so einsamer in der Welt dastehe, und man erblickte nur in Österreich nun den einzigen, wahren Freund Deutschlands. Das heutige Verhältnis zwischen den beiden Nachbarn enthält alle Bedingungen der Innigkeit und der Dauer, es ist eine Garantie des Friedens in Mitteleuropa, und hoffentlich wird dieses Verhältnis auch auf dem Gebiete der materiellen Interessen wirksam werden. Obwohl äußerlich die Beziehungen zwischen Österreich und Russland gute geblieben sind, so muß doch leider die Gerechtigkeit der österreichischen Meinung in den beiden Staaten konstatirt werden. Auf seinen Reisen in Russland hat Redner die Bestimmung der Russen gegen Österreich, den Zweifel an der freundlichbarlichen Gefinnung Österreichs gegen Russland beobachtet, und diese Stimmung könnte schließlich die russische Regierung zu einem Verhalten drängen, das belästigender wäre, weil beide Staaten Freunde bleiben sollten. Sowohl hier, als in Petersburg wird jeder Gedanke einer territorialen Veränderung auf der Balkan-Halbinsel perhorreszirt; wenn die Botschafter Russlands und Österreichs die Aufgabe haben, das Einvernehmen zu fördern, — wenn die Presse beider Reiche sich bemühen wird, das Misstrauen zu beseitigen, dann sehe ich nichts, was das Verhältnis zwischen Österreich und Russland trüben könnte, falls nicht neue Ereignisse eintreten sollten. Ich finde nicht Worte genug zu Gunsten des guten Einvernehmens mit Russland, und der Minister des Auswärtigen wird sich hochverdient machen, wenn er das Einvernehmen bleibt dem Zwischenfall auf dem Balkan ein weiter Spielraum. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Berlin, 29. Januar. (Von fortschrittlicher Seite eingehandelt.) [Der Kronprinz. Abgeordnetenhaus.] Das plötzliche Erscheinen des Fürsten Bismarck in Berlin wird jetzt, ob mit Recht, mag dahingestellt bleiben, nachdem der Fürst mit dem Kronprinzen zwei Stunden lang konferiert hat, einem Wunsche des Kronprinzen zugeschrieben. Keinesfalls stehen damit die Gerüchte von der neuen national-liberal-konservativen Ministerkombination in Verbindung. Denn der bei dieser beteiligte Abgeordnete v. Bemmelen hat wohl kaum besondere Vertrauens-Beziehungen zum Kronprinzen, abgesehen davon, daß der Kronprinz seitdem die durch das Nobiling'sche Attentat nötig gewordene Stellvertretung mit der Genesung des Kaisers aufgehört hat, augenscheinlich sich mit derselben peniblen Gewissenhaftigkeit, wie vorher, aller auch nur scheinbaren Beeinflussung unserer Politik enthalt. — Nachdem nun der Reichstag einberufen ist, und zwar auf einen so nahen Termin, daß bis dahin der Landtag jedenfalls nur einen sehr kleinen Theil der seiner Berathung noch obliegenden Regierungsvorlagen wird durchberathen können, sollte man erwarten, daß zwischen dem Ministerium und den Prääsidenten des Landtages sofort ein Plan festgestellt wäre, was alles von jenen Vorlagen noch weiter berücksichtigt und was in den Brünnen der unerledigten Sachen geworfen werden müsse. Aber nichts davon scheint bisher geschehen zu sein, — Plenum und Kommissionen der beiden Häuser des Landtages arbeiten munter fort; ganz unerhebliche und sehr wichtige Sachen werden mit gleicher geschäftsmäßiger Liebe behandelt. Nur hin und wieder ertönt eine offiziöse Stimme, daß ein oder der andere Gesetzentwurf, wie jetzt das wichtige, aber ohne die Organisationsgesetze gar nicht zu erledigende Ge-

meindesteuergesetz wieder als definitiv zurückgestellt gelte. Die gestrige und heutige Abgeordnetenhaussitzung wird nach außen hin sicher den Eindruck machen, als sei zwischen Regierung und Volksvertretung dauernd ein Zustand der Entfremdung und Zerfahrenheit eingetreten. Wie wäre sonst möglich, daß gestern auf die heutige Tagesordnung die erste und weiteste Berathung des im Herrenhause vorberathenen Gesetzentwurfs, betreffend die Ergänzung der Vorschriften über Dienstbotenverhältnisse angesetzt wurde, als ob der Staat an dessen Annahme in letzter Stunde ein erhebliches Interesse habe. In den alten Provinzen Preußens besteht seit bald 70 Jahren eine Gesetzdeordnung, von der man früher liberalerseits zu behaupten pflegte, sie müsse, den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, von den aus feudalen Zeiten herübergemommenen Bestimmungen zu Gunsten der Dienstboten geändert werden. Heute wird es für ein allerdringlichstes Bedürfnis der Staatsregierung und der konservativen Parteien erachtet, jene wie alle übrigen preußischen Gesetzesordnungen zu Ungunsten der Dienstboten zu ändern; ja die Herrenhaus-Mehrheit hält sogar für erforderlich, als Exekutivstrafe wider ein Dienstmädchen, das angeblich ohne Rechtsgrund von ihrer Herrschaft gegangen ist und sich zurückzuföhren weigert, vor der endgültigen richterlichen Entscheidung die Einsperrung derselben in ein Gefängnis bis zu fünf Tagen einzuführen. Die Fortschrittspartei konnte die Ueberweisung des Gesetzes in eine besondere Kommission nicht durchsetzen, vielmehr nur die sofortige zweite Berathung des Gesetzes hindern. Uebrigens waren die eifrigsten Vertheidiger und die eifrigsten Gegner des Gesetzes, von Meyer (Arnswalde) und Richter, darüber einig, daß die Klagen über die zunehmende Verschlechterung der Dienstboten, — das durch die Schriften aller Kulturvölker nachgewiesene beliebteste Unterhaltungsthema der Damen aller Völker seit Jahrtausenden — vollkommen unbegründet seien. — Gegen das ebenfalls recht unwichtige Gesetz über die Wanderlager-Beteuerung stimmt die Fortschrittspartei fast einstimmig.

— [Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. Marinetat.] Offiziös wird geschrieben: Die Vorbereitungen für die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn bezüglich eines definitiven Handelsvertrages sind im Gange, konnten jedoch wegen der in der Sache liegenden Schwierigkeiten noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die beiderseitigen Regierungen die baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen wünschen und daher zur Beschleunigung der Vorbereitungen das Möglichste thun werden. — Der Etat für die Verwaltung der Kaiserlichen Marine veranschlagt die Einnahmen auf 360,872 M. gegen 320,337 M. im Vorjahr, die fortduernden Ausgaben auf 26,580,289 M. gegen 25,122,780 M. im Vorjahr. Mehrausgaben fallen namentlich unter die Rubriken Militärpersonal, Instandhaltung der Schiffe und Fahrzeuge, Naturalversorgung und Werftbetrieb. An einmaligen Ausgaben werden 14,024,450 Mark, 6,589,560 Mark weniger als im Vorjahr beantragt. Unter diesen Ausgaben befinden sich weitere und letzte Raten für in Bau begriffene Schiffe; von diesen werden 3 Panzerkorvetten, 2 Panzerkanonenboote und eine Korvette in dem nächsten Etatjahre fertig gebaut werden. Zwei Panzerkanonenboote und eine Korvette sollen neu in Angriff genommen werden, erstere beiden anstatt der nach dem Flottengründungs-Plan herzustellenden Monitors. Zur Herausgabe eines Werkes über die von der Korvette „Gazelle“ in den Jahren 1874 bis 1876 ausgeführte wissenschaftliche Reise wird

eine erste Rate von 8000 Mark gefordert. Die Gesamtkosten dafür sind auf 60,000 Mark veranschlagt, und der Rest auf die nächsten 3 Etatjahre mit 15,000 Mark, 15,000 Mark und 22,000 Mark verteilt.

— Unser Kronprinz ist, wie wir bereits signalisierten, heute früh 9 Uhr schon mit der Wehlauer Bahn, vom Dresdener Bahnhof ab, über Frankfurt a. M. u. f. w. nach Pegli abgereist, woselbst er am 1. Februar gegen Mittag bei seiner Familie eintreffen wird. Der Kronprinz langte bereits um 8^{3/4} Uhr auf dem Dresdener Bahnhof an und hatte die Fahrt von seinem Palais bis dorthin in der Begleitung des italienischen Botschafters, Graf de Launay, zurückgelegt. Der Vice-Oberzeremonienmeister Graf zu Eulenburg folgte mit dem persönlichen Adjutanten des Kronprinzen, Hauptmann v. Pfeifferstein, im zweiten Wagen. Auf dem Bahnhof hatten sich zur Abschiedsbegrüßung die persönlichen Adjutanten Major v. Panwitz und Mittmeister Freiherr v. Nyvenheim und einige Generalstabs-Offiziere eingefunden, ebenso von Seiten der königlichen Eisenbahndirektionen der Vorsteher der Berlin-Blankenheimer Kommission, Geh. Regierungsrath Löffler, und die Bau- und Betriebs-Inspektoren der Berlin-Dresdener Bahn, Stock und Clement. Den Zug führte persönlich der königliche Bau- und Betriebs-Inspektor Böllau. Für den Kronprinzen war ein königlicher Salonwagen von der Ostbahn inmitten des fahrlärmigen Zuges eingestellt. Sobald der Bahnhofs-Inspektor die Meldung von der Fertigstellung des Zuges dem Kronprinzen gemacht, verließ dieser die königlichen Empfangszimmer und schritt, begleitet von dem Grafen de Launay, zum Wagon, wobei er dem ehrfurchtvoll grüßenden Publikum, welches Spalier bildete, durch ein chevalereskes Lüften seines Hütes freundlich dankte. Der Kronprinz, der einen dunklen Zivilanzug und über demselben einen Militärpaletot mit breitem Pelztragen trug, sah äußerst wohl und kräftig aus. Nachdem er sich sodann noch vor dem Wagon mit Händedruck von dem Grafen Launay und dem Hofmarschall Graf zu Eulenburg verabschiedet, bestieg er den Wagon und trat erst von dem Fenster, aus dem er nochmals die genannten Kavalieren begrüßte, zurück, als der abschreitende Zug sich der Blicke des Publikums entzog. Nur Hauptmann v. Pfeifferstein nahm außer der unmittelbaren Bedienung im Salonwagen Platz; die drei Polizeibeamten, die der Person des Kronprinzen attachirt sind, waren in einem Coupé zweiter Klasse untergebracht. Der Botschafter Graf de Launay bestieg nach der Abfahrt des Kronprinzen seine eigene Equipage und fuhr direkt in sein Palais zurück. Der Kronprinz reist im strengsten Inkognito. Über die Verzögerung seiner Abreise und seine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck kursiren die manigfältigsten Gerüchte. Die Unterredung soll sich u. A. um den Welfenfonds gedreht haben. Die „Trib.“ schreibt über den Gegenstand:

Wie uns bekannt wird, beruht der Zusammenhang, in den man die Verzögerung der Abreise des Kronprinzen mit jenem Besuch beim Reichskanzler gebracht hat, überhaupt auf Irrthum. Nur äußere Gründe haben den Aufschub der Reise veranlaßt. Was die Konferenz mit dem Fürsten Bismarck betrifft, so erinnert man sich zunächst, daß der Kronprinz es war, der eine solche vor seiner Rückkehr nach Italien noch gewünscht hatte. Diesem Umstände mag die gestern verbreitete Annahme entspringen sein, daß in der Unterredung namentlich von einem etwaigen Besuch des deutschen Thronfolgers in Indien die Rede gewesen sei. Wir unterlassen es, dies Gerücht auf seinen Werth näher zu untersuchen; mit der politischen Gesamtfrage scheint es vorläufig wenig im Einflange zu stehen. Schon während der Anwesenheit des Kronprinzen in Pegli trat die nämliche Konfektur in der Presse auf, um alsbald als grundlos wieder zu verschwinden.

Mehr Glauben verdient jedenfalls eine andere auf gute Informationen gestützte Nachricht, nach der es sich weniger um den römischen Besuch als um die „romische Frage“ zwischen dem Thronfolger und dem Reichskanzler gehandelt habe und daß, wie immer das Ergebnis der Unterredung gewesen, als Thatache feststehe, daß Fürst Bismarck am gestrigen Tage in sehr befriedigter Stimmung und heiterer Laune erschienen sei. Diese uns zukommende Nachricht ist um so bedeutsamer, je reger und drängender in den letzten Wochen die Einfüsse waren, die der mit dem Namen des Fürsten Bismarck verknüpften nationalen Kirchenpolitik entgegenwirken suchten.

— Wie der „Pirn. Alz.“ erzählt, hat vor einiger Zeit ein Bewohner eines Dorfes bei Liebstadt ein längeres Sendschreiben an den Feldmarschall Grafen v. Moltke gesandt und denselben darin ersucht, mit seinem mächtigen Einfluß beim Kaiser dahin zu wirken, daß eine Verminderung der deutschen Armee eintreten möge. Obwohl der Briefschreiber nur dem arbeitenden Stande angehört, hat ihm der greise Strategie doch geantwortet und diese Antwort lautet:

„Wer theilte nicht den innigen Wunsch, die schweren Militärlasten erleichtert zu sehen, welche, vermöge seiner Weltstellung in Mitte der mächtigsten Nachbarn, zu tragen Deutschland genötigt ist. Rich die Fürsten und Regierungen verschließen sich ihm, aber glücklichere Verhältnisse können erst eintreten, wenn alle Völker zu der Erkenntniß gelangen, daß jeder Krieg, auch der siegreiche, ein nationales Unglück ist. Diese Überzeugung herbeizuführen, vermag auch die Macht unseres Kaisers nicht; sie kann nur aus einer besseren religiösen und uralten Erziehung der Völker hervorgehen, eine Frucht von Jahrhunderten weltgeschichtlicher Entwicklung, die wir beide nicht erleben werden. Mit freundlichem Gruss G. von Moltke.“

— Die „N. L. C.“ schreibt: „Die Regierung kann mit der Aufnahme, welche die Militärgezegnovelle in der Presse gefunden hat, im Allgemeinen wohl zufrieden sein. Vollständig ablehnend verhalten sich nicht einmal die Blätter des radikalen Fortschritts; auch sie erkennen wenigstens einzelne der Gesichtspunkte, aus denen die Vorlage hervorgegangen, wie z. B. die Heranziehung der Ersatzreserve und selbst die Erhöhung der Präsenzstärke, vorausgesetzt daß ihr eine Herabsetzung der Dienstzeit zur Seite geht, als berechtigt und ernstlicher Erwägung werth an. Die Blätter des Zentrums sind freilich sehr zurückhaltend, sie verweisen auf ihre alten Parteidoktrinen, in denen bekanntlich die Ablehnung jeder Mehrbelastung des Volks eine große Rolle spielt; aber der Hinweis auf ihre volksentlastenden Befreiungen will ihnen nicht mehr so fröhlich und unbefangen wie früher von den Lippen, seitdem sie die Zoll- und Steuerreform des Jahres 1879 haben durchzubringen helfen. In der Presse derjenigen Parteien, auf deren Verständigung die Hoffnung auf eine Vereinbarung in der Militärfrage beruht, der Nationalliberalen und der Konservativen, hat die Vorlage eine durchaus ruhige und entgegenkommende Besprechung gefunden, welche die Ausicht gewährt, daß die Frage in leidenschaftsloser und streng sachlicher Weise geprüft werden wird, und daß im Reichstag sich eine Mehrheit findet, welche die wenn auch noch so drückenden neuen Dräser zu bringen bereit ist, wenn deren Nothwendigkeit für die Sicherheit des Vaterlandes nachgewiesen wird. Das Bewußtsein von der ernsten Weltlage, die nicht gerade unmittelbar bevorstehende und unvermeidliche Gefahren bietet, doch aber jederzeit die äußersten Anforderungen an die nationale Wehrkraft stellen kann, ist in die weitesten Kreise des Volkes gedrungen und läßt die tönen Phrasen von der Unerlässlichkeit des Militarismus nicht recht aufkommen. In dem weit überwiegenden Theil der deutschen Presse finden wir dem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß die neuen Forderungen nicht leichtfertig und ohne zwingenden Grund erhoben werden, sondern nach gewissenhafter

Stadttheater.

Posen, 30. Januar.

Zum ersten Male ging gestern die Oper mit einer Novität vor, denn als solche kann man wohl Mehl's „Joseph in Egypten“ bezeichnen, eine Oper, die wohl seit Dezennien nicht über die hiesige Bühne gegangen sein dürfte. Die Oper erheischt ein spezielleres Interesse, weil sie gleichsam ihr eigentliches Domizil in Deutschland aufgeschlagen hat. Durch Cherubini's wachsenden Einfluß erregt und angeregt, sann Mehl, der bisher nur im leichteren Kompositionsstil gearbeitet, darauf, durch neue erste Studien im Kontrapunkt und der Fuge sein musikalisch Können zu vertiefen. Die Frucht seiner Bestrebungen war eben dieser „Joseph“. Seine eigenen Landsleute mußten ihm ewig Dank für die Verleugnung seiner früheren leichteren Schreibweise; in Deutschland jedoch mit lautem Beifall aufgenommen ist das Werk bis auf den heutigen Tag ein vielbesprochener und gern gesuchter Bühnengast geblieben. Es ist die sanfte, ernste, weniger pacende und frappirende, als erwärmende und fesselnde Musik, die Beides erklärlich macht, hüblich bei uns und drüblich bei den Franzosen. Mehl ist in diesem Werke am ausgesprochensten die Bahnen Glück's, seines Lehrers, gewandelt, die herbe Kraft des letzteren oft durch das freundliche und milde Wesen des Franzosen versöhnend. Melodien von rührender Anmut und Einfachheit wechseln mit fester, ergreifender Charakteristik.

Alles athmet hier einfache Größe, die Ouverture, die Entrakte, die Arien, die sogar stellenweise fast an ausgespommene Monotonie streifen, die Ensembles und die Chöre. Wie Vieles dieser Oper ist bei uns populär geworden und gehört mit zu den Ingredienzen unserer einfachsten Liederbücher. Aber gerade diese edle Einfachheit verlangt und verpflichtet auch zu einer klaren, würdigen Gestaltung, zu alle Dem, was innerlich vertieft und künstlerisch ernst dieses Einfache groß zu ziehen versteht; wie die Musik, so verlangt auch die Darstellung einfach schöne Contouren im Vortrag, im Gesang, in Spiel und in Geberde.

Wenn nun auch manches Gute nicht verschwiegen werden soll, so kann doch die Gesamtaufführung nicht zu denen gezählt werden, über denen ein günstiger Stern waltete. Herr Große als Joseph sang eigentlich nur seine erste Arie klar und rein, und mehr und mehr erlahnte das physische Vermögen, einer sich Bahn brechenden Indisposition Herr zu werden, der dramatischen äußeren Gestaltung gar nicht zu gedenken. Herr Bendt als Jakob litt noch unter denselben Einfüssen, die schon zwei

Tage vorher bei der Wiederholung des Fidelio sich als förend eingestellt hatten, an diesem Sänger sonst ganz ungewohnte Detonationen waren nicht selten und auch unter dem Chor der Brüder war musikalischer Familienzwist des öfteren hörbar, die drei Stimmen beim Gesang der Jungfrauen „Lobt den Herrn zum Klang der Saiten“ trugen auch nicht zum Genusse dieser musikalisch so schönen Partie der Oper bei und darf es vorkommen, daß bei der großen Erkennungsscene, wo sich die Brüder vor Joseph in den Staub werfen, dies auf eine Art geschieht, daß nicht nur das Publikum lächelt, sondern selbst die Darsteller auf der Bühne nach Fassung ringen müssen? Zu den besseren Nummern zählte das Finale des zweiten Aktes, das Duett zwischen Jakob und Benjamin: „Du deines Vaters Trost und Stütze“, Benjamin's (Frl. Hänseler) Arie: „Ach mußte der Tod ihn uns nehmen“, der hinter der Scene gesungene Eröffnungchor des zweiten Aktes und das Finale der Oper, so noch ein einigermaßen versöhnendes Ausklingen des ganzen Werkes herbeiführend.

III.

Indien.

Sein Klima und seine Produkte.

Von
Emil Schlagintweit.*)

Die einzlichen Besitzungen in Indien, auf Grund der Parlaments-Akte vom 27. April 1876 zum Kaiserreich erhoben, umfassen ganz Vorder-Indien und die Westküste Hinter-Indiens. Das Kaiserreich hat ein Areal von 3^{8/10} Millionen Quadratkilometern und ist sieben Mal so groß als das deutsche Reich; hierzu sind 1^{1/2} Millionen Quadratkilometer indischen Fürsten zur Selbstregierung unter englischer Aufsicht belassen, der große Rest ist unmittelbares englisches Gebiet. Die Gesamtbevölkerung beträgt 240 Millionen Menschen, darunter 50 Millionen als Unterthanen indischer Fürsten.

Indien gilt mit Recht als die kostbarste Perle in der englischen Krone. Von 230 Millionen außereuropäischer Unterthanen Englands in den fünf Erdtheilen entfallen 240 Millionen auf Indien; Waaren im Werthe von mehr als einer Milliarde Mark werden jährlich durch englische Handelshäuser bezogen oder dahin geworfen, vierzig Prozent des gesamten Umsatzes Englands mit seinen auswärtigen Besitzungen verwerthet der Handel mit Indien.

*) Abdruck aus dem interessanten Werke: „Indien in Wort und Bild“ von Emil Schlagintweit.

Im indischen Kaiserreiche ist nahezu jede Naturbildung vertreten, jedes Landschaftsbild zu finden; es gibt kaum ein anderes Land so großartig in den Verhältnissen, so reich an Gegensätzen. Aus den Ganges- und Indus-Ebenen, von mächtigen Flüssen befruchtet und vom blendendsten Sonnenschein beschienen, steigt vom ewigen Schnee bedeckt, das Himalaja-Gebirge empor, das die höchsten Gipfel der Erde einschließt; auf regenlose Wüsten und gewellte Steppen im Westen folgen im Innern der Halbinsel fruchtbare Tafelländer, die Rämme der Randgebirge mit durchdringlichen Waldungen bedeckt; am Meerstrand bilden die Flüsse Deltas mit überaus üppigem Pflanzenwuchs. Veranschaulichen die Anden am deutlichsten die Thätigkeit vulkanischer Mächte, Australien und Polynesien die formenbildende Arbeit animalischer Kräfte, so lehrt Indien in seinen Gegensätzen zwischen Hitze und Kälte, zwischen Trockenheit und hochgradiger Sättigung der Luft mit Feuchtigkeit die Einwirkung von Wasser und Klima auf die Oberfläche.

Bis zum 23 Gr. nördlicher Breite hinauf liegt Indien innerhalb der Tropen, das Klima ist deshalb durchweg sehr warm. Während dreier Monate (März bis Juni) ist weitauß der größere Theil des Landes von einer glühenden Sonne beschienen; die Winde sind heiß, der Boden gesengt und geborsten, die Flüsse ausgetrocknet. Der Indier teilt das Jahr in drei Jahreszeiten: in eine Regenzeit (Juli bis Oktober), eine kalte (November bis Februar) und eine heiße Jahreszeit (März bis Juni); total ist die Dauer dieser drei Zeiten verschieden. Die heiligen Schriften kennen eine Sechsttheilung, Europäer behalten meist unsere Viertheilung bei: kühle Jahreszeit: Dezember bis Februar; heiße: März bis Mai; Regenzeit: Juni bis August; Herbst: September bis November.

Januar, Februar und die erste Hälfte des März haben ein herrliches Klima. Die Tage sind nicht drückend heiß, an der Küste bringt Nachmittags jederzeit Seewind Kühlung, da die Sonne das Seewasser nicht so hoch als den Erdboden erhitzt. Der Himmel ist klar, Wolken sind selten, Regenschauer, wie sie im mittleren und nördlichen Europa das ganze Jahr hindurch fallen, kennt man in den wenigsten asiatischen Ländern. Die Nächte sind kühl, im Innern des Landes fällt die Temperatur sogar unter den Gefrierpunkt, und Teiche, wie flache, mit Wasser gefüllte Schüsseln, die zur Eisfabrikation dienen, überziehen sich mit einer dünnen Eiskruste. Im April nehmen die Tage langsam die Nächte aber rasch an Hitze zu, die Temperaturschwankungen erreichen kaum mehr 4° R. Mai bringt gespannte, drückende Hitze, die an der Küste in einer von Feuchtigkeit gesättigten Luft

Sonnabend, 31. Januar 1880.

Prüfung von ihrer unumgänglichen Nothwendigkeit unter den heutigen Zeitverhältnissen. Es scheint uns noch nicht an der Zeit, die Grundlagen der Verständigung zu erörtern, daß sie aber gefunden werden wird und muß, ist sicherlich der allgemeine Eindruck, den die bisherige öffentliche Diskussion dieses Gegenstandes hervorgebracht hat. Der bevorstehenden Reichstagsseßion wird es an Aufregung und Kämpfen nicht fehlen; es ist tröstlich, daß wenigstens in dieser Kapitalfrage die vorherrschende Stimmung eine ruhige und zur Verständigung geneigte ist."

— In kürzerer Frist als man nach den letzten Aeußerungen von betheiliger Seite annehmen konnte, dürfte nunmehr die Angelegenheit wegen definitiver Besetzung des französischen Botschafters postens in Berlin zur Entscheidung kommen. Graf St. Vallier wird nunmehr doch in den nächsten Tagen nach Paris abreisen, zunächst zu dem Zwecke, um an den Sitzungen des Senats Theil zu nehmen. Die Abreise des Botschafters wäre schon erfolgt, wenn ihn nicht ein Unwohlsein seit einigen Tagen an das Zimmer gefesselt hätte. Die vor wenigen Tagen ausgesprochene Vermuthung, daß die in dieser Frage sich widersprechenden Nachrichten nur der Ausdruck der in Paris mit einander ringenden Strömungen sind, hat sich unterdessen durchaus bestätigt. In den letzten Tagen scheint sich die Situation geklärt zu haben; der Einfluß, welcher das frühere Ministerium zum Falle brachte, ist wieder zum Durchbruche gekommen und augencheinlich ist die Deutschland berührende Angelegenheit in ihr letztes Stadium getreten. Mancherlei Anzeichen sprechen mit Bestimmtheit dafür, daß die Tage des Grafen St. Vallier als Botschafter beim hiesigen Hofe gezählt sind. Obgleich der letzte Schritt in dieser Sache sich bei der Berathung innerer Fragen vollziehen wird, so kann sie doch schon heute nach den obigen Andeutungen als prinzipiell erledigt angesehen werden.

— Die Petition gegen die Rheinkorrektion im Rheingau kam gestern Abend in der Petitionscommission des Abgeordnetenhauses unter Zuziehung des Ministerialdirektors Weishaupt und des Geh. Raths Gercke vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten als Regierungskommissare zur Verhandlung. Nach eingehendem Vortrage des Referenten Abg. Dr. Thilenius und des Ministerialdirektors Weishaupt wurde der nachstehende Antrag des Ersteren, dem der Regierungskommissar zustimmte, von der Kommission einstimmig angenommen: Die Petition der königl. Staatsregierung mit der Aufforderung zu überweisen, sie wolle unter Anhörung geeigneter Personen aus den Kreisen der Beteiligten die Beschwerden der Petenten einer erneuten Prüfung unterziehen.

— In der Sitzung der Verwaltungsgesellschaftskommission vom 27. Januar wurde der Abschnitt über das Verfahren durchberaten. Mehrere Amendments, welche den Vorsitzenden der Beschlussbehörden verpflichteten, dem Kollegium die von ihm selbstständig getroffenen Entscheidungen vorzulegen, wurden abgelehnt. Ebenso blieb der Antrag in der Minorität, den Beschlussbehörden die Befugnis zu formeller Beweiserhebung mit eidlicher Zeugenvernehmung zu ertheilen. Die wenigen angenommenen Amendments waren nur von geringer Tragweite. Ueber die Frage, die Anwesenheit wie vieler Laien zur Beschlussfähigkeit der Beschlussbehörden erfordert werden sollte, wurde ein definitiver Beschluss nicht gefasst. Gestern Abend und heute früh vor der Plenarsitzung wurde über die Rechtsmittel gegen polizeiliche Verfügungen, §§ 62 und 63, verhandelt. Im Betriff des Verfahrens wurden dem Vorschlage der Regierung, der entsprechend den Bestimmungen des Kompetenzgesetzes gegen polizeiliche Verfügungen der Orts- und Kreispolizeibehörden sowohl die Beschwerde wie die Klage zulässt, zwei anderweitige Vorschläge (v. Rauchaupt nur Beschwerde beim Bezirks- und Provinzialrath und von denselben Berufung an das Oberverwaltungsgericht, und v. Zeditz: Beschwerde beim Landrath, Regierungspräsidenten, und Klage dagegen bei dem Oberverwaltungsgericht) entgegengestellt. Die Kommission entschied sich jedoch mit 12 gegen 8 Stimmen für das System der Regierungsvor-

noch fühlbarer wird als im Innern des Landes. Das Thermo meter geht Nachts kaum um 2° R. herunter. Gesunder Schla ist unmöglich, die Erde hat kein Grün, die Thiere zeigen kein Leben, da bricht die Regenzeit an; der Himmel bedeckt sich mit Wolken, denen der gläubige Hindu göttlichen Ursprung zuerkennt der Südwestmonsun ergießt sich in das Land herein, verändert alle Lebensverhältnisse und bringt für Indier und Europäer eine Zeit der Freude und Erfreilung.

Zeit der Freude und Erfrischung.

Die Monsüme (vom arabischen Monsim für Jahreszeit) entstehen durch das Einspringen der Halbinsel Vorder-Indien in das Gebiet der Passatwinde. Dadurch werden zwei Windrichtungen erzeugt, eine südwestliche und eine nordöstliche; abwechselnd wehen die Winde je ein halbes Jahr in entgegengesetzter Richtung. Im südlichen Indien tritt der Südwestmonsun Anfangs Juni, höher hinauf später ein; in dieser Zeit verfolgt jedermann mit Spannung die Witterung, jeder Zeitungskorrespondent aus südlichen Gegenden gibt nach Norden ausführliche Auskunft von jeder Temperaturschwankung. Endlich steigen im Südwesten des indischen Oceans dunkle Wolkenmassen auf, die sich verdichten, je mehr sie sich dem Lande nähern; einige Tage lang bleibt das Wetter nur drohend, Abends wird der Himmel endlich tief dunkel und Nachts bricht der Regen los. Ein Gewitter von einer Stärke, wie sie in den Ländern mit gemäßigtem Klima niemals vorkommt, begleitet den Ausbruch der Regen. Einige Stunden lang blitzt es unaufhörlich, zuweilen mit einer Helle, daß selbst entfernte Gegenstände sichtbar werden; der Donner segt nicht aus, das Getöse in der Ferne kommt nur zum Schweigen vor einem Schlag in der Nähe, der durch seine Heftigkeit selbst den Herzen haften mit Bangen erfüllt. Das Gewitter verzehrt und man hört nichts als das Plätschern des in Strömen niedergeschauelnden Regens, den rascheren Lauf der steigenden Gewässer. Dies dauert einige Tage; der Himmel hellt sich auf, die Sonne dringt zur Erde; die Luft, von Staub gereinigt, ist durchsichtig. Die ganze Erde bedeckt sich rasch mit üppigem Grün, zahllose Inseln und kleine Biersüßler verlassen die Schlupfwinkel, in denen sie ihr Leben kümmerlich fristeten, die angeschwollenen Flüsse führen Hecken, Pflanzen und Hüütten herab, die Reste der in ihren Betten während der heißen Jahreszeit angelegten Kulturen. Nach kurzen Pausen segt der Regen wieder ein; im Juli sind die Niederschläge am größten, nehmen dann ab und im September ziehen die Wolken unter Blitz und Donner ab, wie sie kamen. Der Umstieg in Temperatur und Vegetation in Folge des Monsumregen ist so plötzlich, als folate in Deutschland auf den

lage. In Betreff der Stellung der Städte beantragte Abg. v. Benningßen und in Uebereinstimmung mit demselben die Abgg. Zelle, Ritter und Bender, die Bestimmungen des Kompetenzgesetzes, welche die exceptionelle Stellung der Städte behandeln, wiederherzustellen. Der Antrag v. Wedell-Piesdorf, dem sich die Abgg. v. Beditz und Bittner anschließen, wollte den Städten von über 10,000 Seelen die exceptionelle Stellung belassen, dagegen in Betreff der kleineren Städte die Bestimmungen der Regierungsvorlage adoptiren. Bei der Abstimmung wurde der Antrag v. Wedell mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt, der Antrag v. Benningßen mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen. Ueber das letzte Alinea (betreffend den ordentlichen Rechtsweg nach § 2 des Gesetzes vom 11. Mai 1842) wurde die Beschlussfassung noch vorbehalten.

— Aus dem dem B u n d e s r a t h e vorliegenden Gesetzentwurf, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, können wir noch Folgendes mittheilen: Die Ausführung der Bestimmungen des Entwurfs wird den Einzelstaaten überlassen, und zwar deshalb, weil die Verwaltungsorganisation in den Einzelstaaten eine verschiedene ist und weil es für unmöglich erachtet wird, die Kosten und Entschädigungssätze auf das Reich zu übernehmen. Um dem Bestreben nach Verhinderung von Seuchen-Ausbrüchen entgegenzuwirken, soll für alle auf polizeiliche Anordnung getöteten Thiere eine Entschädigung gezahlt werden, selbst dann, wenn das Thier, dessen Tötung polizeilich angeordnet war, vor Ausführung der Anordnung an der Krankheit fällt. Für solche Thiere, welche frank in das Reich eingeführt worden sind, werden keine Entschädigungen gezahlt. Der Landes-Gesetzgebung ist es anheimgestellt, Ausnahmen von der Entschädigungspflicht einzutreten zu lassen. Die Seuchen, auf welche sich die Anzeigepflicht erstreckt, sind im Entwurf aufgeführt; der Reichskanzler hat jedoch die Befugniß, die Anzeigepflicht vorübergehend auch für andere Seuchen einzuführen. Die Landesregierungen können für solche Bezirke, in welchen sich der Milzbrand ständig zeigt, von der Anzeigepflicht insoweit entbinden, als die Seuche nur vereinzelt auftritt. In diesem Falle müssen die Schutzmaßregeln nach Maßgabe des Gesetzes und der Ausführungs-Instruktion allgemein vorgeschrieben werden. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes ist davon abhängig gemacht, daß zunächst auf dem Wege der Landes-Gesetzgebung gewisse ergänzende, für die Ausführung des Reichs-Viehseuchengesetzes nothwendige Bestimmungen erlassen werden.

— Offiziös ist, wie erwähnt, die Weiterführung der Vorarbeiten zu einer Reform der Aktiengesetzgebung in Erinnerung gebracht. Den Anstoß dazu gab bekanntlich der Abg. Lasse durch eine Interpellation, welche er am 27. März 1873, also vor dem allgemeinen Krach, im Reichstage stellte. Die Reichsregierung erkannte damals die bemerkenswerthen Missstände an, welche auf dem Gebiete des Aktienwesens hervorgetreten waren, und richtete an die einzelnen Bundesregierungen das Eruchen um Mittheilung ihrer Ansichten sowohl über die hervorgetretenen Missstände, als in Beziehung auf die Richtung, in welcher Abhilfe zu gewähren sei. Als diese Ausführungen vorlagen, waren inzwischen die Einleitungen zur Ausarbeitung eines deutschen Zivilgesetzbuches, welche sich auf eine allgemeine Revision des Handelsgesetzbuches und der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Aktiengesellschaften zu erstrecken hat, getroffen. Dass sich aus dieser Sachlage ergebende Frage: ob die wegen eventueller Änderung des Aktiengesetzes eingeleiteten Verhandlungen bis zur allgemeinen Revision des Handelsgesetzbuches zu sistiren seien, wurde in der Sitzung des Bundesrates vom 22. Juni 1874 bejaht. Man ging von der Ansicht aus, dass so sehr der Gegenstand der Ausmerksamkeit wert sei, es doch nicht gerathen scheine, sofort mit besonderen gesetzlichen Maßregeln einzuschreiten. Die eingetretenen schlimmen Folgen seien nicht mehr rückgängig zu machen, und nach den hoffentlich in der Hauptsache überstandenen Krisis sei die Lage im Augenblick nicht derart dass rasche Maßregeln nötig wären.

Digitized by srujanika@gmail.com

totden Winter mit einem Zauberenschlag die Blüthezeit des Frühlings.

Von den Winden aus der Bai von Bengalen werden die vom Südwestmonsum quer über die Halbinsel geführten Wolkenmassen nach den Ganges-Ebenen getragen, wo sie in einem ihrer ursprünglichen Richtung entgegengesetzten Kurse bis zum weiten Himalaya vorgetrieben werden. Je weiter die Wolken gegen Nordwesten gelangen, desto mehr sind sie von Feuchtigkeit entleert, desto geringer der wässrige Niederschlag. Im Pandshab genügt die Regenmenge nicht mehr die Temperatur heraufzudrücken, ja sie macht die Hitze nur noch unerträglicher durch Erhöhung der relativen Feuchtigkeit der Luft und Verminderung der Verdunstung; der Juni gehört im Pandshab zu den heißesten Monaten der Erde.

Der Nordost- oder Winter-Monsum herrscht von Oktober bis Mitte Dezember; er entsteht in den Ebenen des Pandscha des Gangesthalles, in Ober-Assam und den Tafelländern Zentral-Indiens und weht als ein sehr sanfter Wind nach den beiden Küsten der Halbinsel zu; er macht sich vornehmlich an der Küste bemerkbar und fühlt hier in der heißen Jahreszeit durchweg Regenschauer die drückende Hitze.

sollen nach Indien gehen.
An Landesprodukten weist Indien eine Fülle auf, n
wenig andere Länder der Erde. Wein und etliche geistige C
tränke sind fast die einzigen Artikel, die sich nicht aus einheimi
schen Produkten darstellen lassen.

könne sich ohnehin nicht empfehlen, gerade unter dem Einfluß einer überstandenen Kalamität ein gesetzgebendes Werk zu unternehmen. Etwa drei Jahre später, am 29. März 1877, forderte das preußische Abgeordnetenhaus die Regierung bei Gelegenheit der Berathung über den Bericht der Spezialkommission zur Untersuchung des Eisenbahnkonzessionswesens auf, dahin zu wirken, daß die Reform der Gesetze über das Altienwesen im Sinne 1. eines besseren Schutzes aller im öffentlichen Interesse gegebenen Gesetzesvorschriften, 2. der verstärkten Verantwortlichkeit aller bei Gründung, Leitung und Beaufsichtigung des Unternehmens beteiligten Personen, 3. einer selbstständigen und wirksamen Kontrolle über die Verwaltung, 4. der leichteren Verfolgbarkeit der Übertretungen der im öffentlichen Interesse gegebenen Vorschriften durch die Reichsregierung baldigt in Angriff genommen werde. In diesem Sinne richtete denn auch die preußische Regierung noch im Jahre 1877 einen Antrag an den Bundesrat, der selbe wolle seine Zustimmung ertheilen, daß unabhängig von der Revision des Handelsgesetzbuches und unbeschadet der mit dieser demnächst zu verbindenden generellen Revision des gesamten Handelsgesellschaftsrechts ein Zwischengesetz erlassen werde, welches einer Wiederkehr der Ausschreitungen bei der Gründung, der Verwaltung und dem geschäftlichen Betriebe von Altienunternehmungen thunlichst entgegenwirken geeignet erscheint. In Folge der Annahme dieses Antrages sind die Vorarbeiten in Angriff genommen worden, welche jetzt endlich zur Ausarbeitung eines vollständigen Gesetzentwurfs führen sollen. Aller höchste Zeit hierzu scheint es freilich insofern zu sein, als sich schon wieder Anzeichen einer neuen Gründerperiode bemerkbar machen.

— Wir haben gestern die hauptächtesten Ausführungen der „Provinzial-Korrespondenz“ über die Ablehnung des Schanksteuer-Gesetzes im Abgeordnetenhouse mitgetheilt. Zu diesen Darlegungen des offiziösen Blattes bemerkt nun die „Kölnerische Zeitung“:

„Wir glauben, die Regierung rennt mit diesem Artikel offene Thüren ein. Ein Gesetz, das in zweiter Lesung vom Hause abgelehnt wurde, kann ja formell — denn die Geschäftsordnung macht das nicht unmöglich — zu dritter Lesung vor das Haus gebracht werden. Der Respekt aber vor der Würde des Abgeordnetenhauses sollte die Regierung verhindern, das zu thun. Die dritte Lesung ist dazu da, ein in den ersten Lesungen als gut oder doch mindestens brauchbar erkanntes und angenommenes Gesetz nochmals zu prüfen und erforderlichenfalls zu verbessern; durchaus aber nicht, um eine gesetzgeberische Fehlgeburt, die in den beiden ersten Lesungen zurückgewiesen wurde, nochmals zur Annahme zu empfehlen und dann, was früher unannehmbar war, vielleicht durch irgend eine nothdürftige Flickerei bei veränderter Parteikonstellation — man verzeihe den wirklich gerechtfertigten Ausdruck: durchzuschmuggeln, den Wechselbalg zum Krüppel zu machen. Die dritte Lesung ist kein Institut, um Fehlgeburten vor dem Gesicht des Erkranktwerdens zu retten; sonst würde sie nichts anderes bedeuten als eine geschäftsordnungsmäßige Begünstigung von Hause aus schlechter Vorlagen. Wenn eine gute Vorlage zwei Spezialberathungen braucht, um Gesetz zu werden, warum soll eine schlechte, die in zweiter Lesung kurzer Hand abgewiesen wurde, in einer einmaligen dritten Lesung mühsam verpflastert und durchgebracht — vielleicht bei jedem einzelnen Paragraphen durch eine andere Parteikonstellation — nach dieser einmaligen Berathung, bloß weil es die dritte war, sanktionsfähig sein? Wir hoffen, die Regierung werde, von diesen Erwägungen geleitet, das Schanksteuergesetz nicht mehr in dieser Session zur dritten Lesung stellen, sondern zurückziehen und von Grund aus umarbeiten lassen. Wir bedauern es aus denselben Erwägungen, daß unsere nationalliberalen Freunde das von Hause aus verfehlte Feld- und Forstpolizeigesetz in zweite Lesung genommen hatten, um es abzulehnen, wie es bis jetzt fächerlich um es so zu vermodeln, daß es nun als schlechtes, recht schlechtes Gesetz möglicherweise in dritter Lesung so viel Freunde hinzugewinnen könnte, daß es eine Mehrheit gegen diejenigen finden würde, die es in zweite Lesung nahmen, um es in dritter Lesung — und hier als Minderheit — zu verneinen.“

— Ueber die Kaiser-Wilhelm-Spende, welche bekanntlich seit Dezember v. J. ihre Thätigkeit begonnen hat, bringt die „Nordd. A. Z.“ folgenden Artikel:

Da es sich hier nicht um ein Spekulationsunternehmen handelt, bei welchem die Unternehmer in erster Linie sich bedenken, sondern um eine in ihrem Verfahren sowohl als in ihren Zielen praktische und

Im Ganzen nähert sich die Vegetation jener des tropischen Afrika am meisten. Sindh, die Grenzprovinz im Westen gegen Belutschistan, hat ganz ägyptische Flora, das regenreiche Malabar an der Südwestküste der Halbinsel nimmt Theil am üppigen Wachsthum der malayschen Welt. Die Ebenen sind arm an Arten; in Mannigfaltigkeit und Schönheit der Pflanzenwelt sind sie von den meisten Ländern der Erde übertrffen, die Blüthenzeit ist äußerst kurz. Wie in ältester Zeit, bestimmen noch heute das Gedeihen von Reis, Baumwolle und Weizen den Wohlstand der Bevölkerung; die neuen Kulturen von Thee, Chinchona, Kartoffel und dgl. bewirkten nur für den Himalaya und das kleine Gebiet der Nilgiri-Berge im Süden der Halbinsel eine Umoälvzung. Dichter Niederwald, Dschungel, findet sich in der Nähe eines jeden Dorfes, Hochwald ist in der Regel auf Bergkuppen beschränkt; schonungsloser Abholzung, welche die wertvollsten Nutzhölzer zu vernichten drohte, ist jetzt durch Forstgesetze gesteuert. Bezeichnend für Indien und überaus wohlthätig durch seinen Schatten ist der indisch Feigenbaum mit seinen Luftwurzeln, die von den Ästen ausgehen, in den Boden eingreifen und wieder zu Stämmen werden. Diese Bäume wachsen im ganzen tropischen Indien fast immer aus der Krone von Palmen heraus, in welche die Vögel die Kerne seiner Früchte herabfallen ließen; im Laufe der Jahre stirbt der Palmbaum ab, aber inzwischen haben die Äste Wurzel in der Erde gesetzt und so sich verbreitet, daß der Äste Gestrüpp einen Durchmesser von hundert Metern und darüber erreicht.

Die Thierwelt ist so mannigfaltig in ihren Arten wie das Pflanzenreich; jeder zoologische Garten gibt davon Zeugniß. Die Fauna ist durchweg tropisch, das Himalaya-Gebirge bildet erst die Grenze zwischen der südlichen reichen und der ärmeren nördlichen Thierwelt. Im Ganzen nähern sich die indischen Forsten jenen Hinter-Indiens und des indischen Archipels; die größte Artenzahl weist die wald- und regenreiche Malabarküste an der Südwestseite des Salkins auf.

Ein neues Standbild der Königin Luise in Berlin.

Seit einigen Jahren schon ist an einer idyllischen Stelle des Thiergartens ein marmores Standbild des Königs Friedrich Wilhelm III. auf einem runden reichverzierten Sockel aufgerichtet. Dieses Meisterwerk Drafe's harrt in diesen Tagen der Ankunft einer Genossin entgegen, seiner marmornen Braut, der

humane Anstalt, so wird es gestattet sein, an dieser Stelle noch einmal darauf hinzuweisen und zu der allgemeinsten Betheiligung anzuregen. Die Kaiser-Wilhelm-Spende ist zwar zunächst für die gering bemittelten Klassen des deutschen Volkes, namentlich auch für den Arbeitervstand bestimmt, aber nicht auf ihn beschränkt. In dem an die Landräthe u. s. w. erlassenen Anschreiben des Direktoriums wird ausdrücklich betont, daß für Jeden, der nicht für seine Person als vermindert anzusehen ist, Einlagen angenommen werden. „Gutsbesitzer können für sich, ihre Frauen und Kinder Altersrenten begründen; Bauern und Kossäthen können ihr Altentheil bei der Anstalt nach und nach sammeln. Pfarrer, Lehrer, Gemeinde- und Privatbeamte werden für sich und ihre Angehörigen die Anstalt zweckmäßig benutzen können.“ — Jede Einlage beträgt nur 5 Mark, doch können gleichzeitig oder zu verschiedenen Zeiten mehrere Einlagen von je 5 Mark gemacht werden; jedoch beträgt die höchste zu erreichende Rente jährlich 1000 Mark. Aller Überdruss, der sich im Laufe der Zeit ergiebt, wird ausschließlich zu Gunsten der Versicherten verwendet. Zu den Kosten der Verwaltung wird von den Einlagen nichts abgezogen, vielmehr sind die Zinsen des Grundkapitals, welches durch die bekannte allgemeine Sammlung auf 1,750,000 Mark gebracht ist, zunächst zur Deckung aller Verwaltungskosten bestimmt. Um diese nicht zu sehr anwachsen zu lassen, wird von der Anstellung besonderer Agenten abgesehen und dringend gewünscht, daß insbesondere die Vorstände und Behörden der deutschen Stadtgemeinden sowohl, als auch der Landkreise und Landgemeinden hilfreiche Hand bieten und bei ihren Räten zugleich Sammelstellen für die Einlagen in die Kaiser-Wilhelm-Spende errichten, beziehungsweise Vertrauenspersonen namhaft machen, die zur Übernahme des patriotischen Geschäfts, das äußerst einfach und wenig zeitraubend ist, geeignet und bereit sind. Namentlich wird auch auf die Unterstützung seitens der Sparkassen-Verwaltungen gerechnet. Bei den vor Jahresfrist abgehaltenen Beratungen der zur gutachtlischen Ausföhrung über die Verwendung der Kaiser-Wilhelm-Spende berufenen Kommission wurde es als höchst sachgemäß anerkannt, wenn die Sparkassen in Übereinstimmung mit ihrer eigenen Aufgabe der neuen Anstalt ihre Mitarbeit widmeten. Es wurde deshalb der Antrag, mit der Kaiser-Wilhelm-Spende auch eine zentrale Sparkasse zu verbinden, abgelehnt, um zu vermeiden, daß die neue Anstalt den bestehenden und so wohltätig wirkenden Sparkassen irgendwie Konkurrenz mache. Die Einleger der Sparkassen behalten die Freiheit, jederzeit das Kapital nebst Zinsen zurückzuziehen. Die Kaiser-Wilhelm-Spende dagegen will grundsätzlich durch die Einlage nur ein Recht auf Rente oder Kapital versichern lassen, welche nach vollendetem 55. Lebensjahr der Versicherten oder nach Belieben später fällig werden. Die Ausnahmen, daß bei früher eintretender Arbeitsunfähigkeit auch früher Rente oder Kapital gezahlt wird, und daß Einlagen, welche wenigstens 5 Jahre bestehen, mit sechsmonatlicher Frist gefundigt werden und dann mit 2 p.C. Zins auf Zins zurückgezahlt werden, sind nur den nothwendigen Rücksichten auf veränderte Lage der Versicherten entsprungen und nicht geeignet, eine Konkurrenz für die Sparkassen zu begründen. — Die Direktion, an welche Mitteilungen zu richten sind, hat ihren Sitz in Berlin W., Mauerstr. 85, 1 Tr. — Noch haben wir einige Beispiele von den Vortheilen hervor, welche die Kaiser Wilhelm-Spende bietet. Für eine Einlage von 5 M., welche z. B. im 30. Lebensjahr gemacht wird vom 56. Lebensjahr an eine Rente von 1 M. 31 Pf. jährlich oder ein Kapital von 17 M. 46 Pf. gezahlt. Wer für sein fünfjähriges Kind eine Einlage von 5 M. macht, sichert denselben vom 56. Jahre ab eine Rente von 4 M. 5 Pf. für jedes Jahr oder ein Kapital von 53 M. 94 Pf. In diesen Fällen ersicht allerdings der Anspruch bei früherem Tode des Beteiligten. Jedoch kann man auch die Rückzahlung der Einlagen sichern, wofür natürlich die Rente beziehungsweise das auszuzahlende Kapital entsprechend verringert wird.

— Das Schmuggler-Wesen an der holländischen Grenze hat so große Dimensionen angenommen, daß von Münster ein Kommando zur Bewachung derselben abgehen mußte.

— Der Name der Grube bei Minden, in welcher das gestern gemeldete Unglück durch schlagende Wetterstattgefunden hat, ist Kohlenzeche „Meissen“. Immer wieder schlagen in den Kohlengruben die Wetter ein und spotten aller Maßregeln der Vorsicht. Wenn sich das neue Unglück auch nicht ganz so groß darstellt, wie das am 1. Dezember v. J. in Zwickau,

wo in einer Kohlengrube 89 Personen' das Leben verloren, so ist es immerhin das bedeutendste, das seit langer Zeit ein preußisches Bergwerk betroffen hat. Das letzte Unglück dieser Art in Preußen fand ebenfalls in Westfalen und zwar auf der Zeche Neu-Herlohn bei Langendreer statt.

Metz, 27. Januar. Der Ausfall der vor Kurzen stattgehabten Gemeinderathswahlen hat wiederum gezeigt, daß an ein Zusammengehen der eingewanderten Deutschen mit der einheimischen Bevölkerung vorläufig noch gar nicht gedacht werden darf, eben so wenig bei politischen Wahlen wie in geselliger Beziehung. Wenn auch einzelne von den Einheimischen das Gebahren der Protestler entschieden missbilligen, so leiden sie doch alle unter dem genugsam bekannten Terrorismus, welcher sie hindert, als offene Gegner der Protestler aufzutreten und sich den Bestrebungen der deutschen Partei anzuschließen. Die letzten Wahlen haben zur Genüge bewiesen, daß das deutsche Element in Metz vollständig auf sich selbst angewiesen ist, und so hat man den bei den ersten Reichstagswahlen ins Leben gerufenen Wahlverein wieder aufgerichtet, welcher durch zeitweise Abhaltung von Wahlversammlungen das deutsche Interesse wahren und bei den Wählern wachhalten will. Wenn es wie bisher mit der Bewegung in der Bevölkerung fortgeht, so gehört die Zukunft von Metz unfehlbar der deutschen Partei, welche jetzt bereits zwei Fünftel der Einwohnerschaft ausmacht und fortwährend im Wachsen begriffen ist, während nach den statistischen Nachweisungen die einheimische Bevölkerung eben so stetig abnimmt. Wer eben irgendwie kann, geht nach Frankreich zurück, wohin den Mann meistens namenlich Familieninteressen ziehen, bei denen die Frau schließlich den Ausschlag gibt. Das weibliche Element erschwert überhaupt die Annäherung zwischen Deutschen und Franzosen in hohem Maße, da die Französin weniger als der Franzose je dahin wird gelangen können, die Folgen des großen Krieges zu verwinden. (R. 3.)

Österreich.

Pest. [Schon wieder ein Skandal.] Der Pester „M.-Orszag“ erzählt heute, der Reichstags-Abgeordnete, Mitglied der liberalen Partei und angeblich intimer Freund R. Tisza's, Georg Nagy, habe erstens seinen unter gerichtliche Sperrre gelegten Tabak nach Verlezung der Sperrre verkauft und, um dies zu verheimlichen, die Scheuer, in welcher sich der Tabak befunden hatte, nach dessen Besetzung in Brand stecken lassen, weshalb auch das Strafgericht die Aufhebung seiner Immunität beim Abgeordnetenhause nachgefordert habe. Sodann schulde Herr Nagy der Regierung 36,000 Fl. für die er keine Zinsen zahlte und die ihm als Vorbehalt auf seine Tabakbau-Lizenz in der abnormen Höhe von 225 Fl. per Jahr ausgefolgt worden. Drittens habe er als von Tisza's Gnade bestellter Verwaltungsrath der Theißbahn „nach der Meinung eingeweihter Finanzkreise“ die als Kautionsdeponirten fünfzig Stück Aktien von der Regierung auf Kredit erhalten. Endlich habe er bei dem alten Bodenkredit-Institut für Weingrundbesitzer, bei welchem er die Stelle des Präsidenten der Kontroll-Kommission bekleidete, ein Darlehen von 26,000 Fl. auf gute Deckung entnommen, eines Tages aber diese Deckung herausgenommen und nicht wieder zurückgestellt. In alledem sieht „M.-Orszag“ nur neue Beweise bodenloser Korruption, für welche dieses Blatt natürlich niemand Anderen als R. Tisza verantwortlich macht.

Großbritannien und Irland.

London, 27. Januar. [John Bright über die irische Frage.] John Bright hat in seiner Rede über die irische Landfrage, die er am vorigen Sonnabend vor der Wählerschaft in Birmingham gehalten hat, aufs Neue seine alten Projekte zur Lösung der agrarischen Schwierigkeiten in Irland vorgetragen, die aber schon längst als unausführbar erkannt worden sind. Bright's Plan besteht in Kurzem darin, daß, wenn der

mit doppelter Lebensgröße, obschon die Höhe in Wirklichkeit nur eben neun Fuß erreicht. Der Richter'schen gemalten Idylle gegenüber zeigt sie, ihrer Bestimmung und dem verschiedenartigen Material entsprechend, monumentale Ruhe und einen ihrer geschichtlichen, landesmütterlichen Stellung entsprechenden ernsten und hoheitsvollen Gesichtsausdruck.

Vollständig wird sich die Leistung Ende's erst erfassen lassen, wenn das Standbild in der richtigen Beleuchtung und Höhe auf dem Sockel steht. Dieser letztere zeigt im Hochrelief verschiedene Gruppen aus den Freiheitskriegen in jener idealen, keiner bestimmten Zeit angehörigen Tracht, wie sie dem Künstler schon durch Drake's Beispiel am Sockel des Standbildes von König Friedrich Wilhelm III. vorgezeichnet war. (R. 3.)

Stiftungsfei in Berlin.

Noch ist die Wintersaison nicht beim Karneval angelangt. Vorläufig feiern die Vereine und geselligen Vereinigungen Berlins ihre Stiftungsfei in den benachbarten Hotel de Rome that der Verein berliner Presse desgleichen. In beiden galt der erste Toast dem Kaiser. Im Verein für die Geschichte Berlins begann das Fest mit einer Berichterstattung über das Wachsthum und die Erfolge des Vereins, welche Herr Friedel übernommen hatte. Sehr viel Beifall fanden dann eine Reihe von Nebenbildern, in denen die Entwicklung Berlins von den Pfahlbauten an bis zur großen Gewerbeausstellung malerisch und im begleitenden Text auch poetisch geschildert wurde. Die Skizzen zu diesen „historischen Bildern“ hatte der Maler E. Tepper entworfen; der begleitende Text war von A. Reich verfaßt. Das erste Bild „Berlin als Fischerdorf“ wurde poetisch in den nachstehenden Versen erläutert.

„Es stand in alten Zeiten,
Von Sumpf und Moor und Dorf
Umringt von allen Seiten,
Ein elend Fischerdorf.
Im Nest, gebaut auf Pfählen,
Stellt sich ein Exemplar
Von biedren, kreuzfidelien
Ureingesess'n dar.“

Pächter einen bestimmten Theilbetrag — ein Drittel oder ein Viertel — des Werthes seiner Pachtung aufzubringen kam, der Staat den Rest beisteuern soll, damit der Eigentümer ausgezahlt werde und hierauf nichts mehr mit dem Landbesitz zu thun habe, während der bisherige Pächter, um die zwei Drittel oder drei Viertel die ihm vom Staat vorgeschoffen worden sind, zu tilgen, fortfahren müßte, für eine gewisse Zahl von Jahren Annuitäten zu zahlen, die gleich wären dem Pachtzins, den er bis dahin zu leisten hatte. Hiezu bemerkt nun die „Times“: „Das ist im Prinzip derselbe Plan, den auch Parnell aufstellt, allerdings mit dem wichtigen Unterschiede, daß Bright voraussetzt, der Pächter solle damit den Anfang machen, eine beträchtliche Quote des Kaufgeldes aufzubringen. Man kann sich aber nicht recht vorstellen, wie die Höhe dieses Kaufgeldes fixirt werden sollte, obwohl gewiß die meisten Gutsbesitzer — und besonders jene außer Land — sehr froh wären, auf diese Art ihr Eigentum los zu werden. Der Staat würde an ihre Stelle treten und berechtigt sein, während einer bestimmten Zahl von Jahren den Zins zu erheben, den sie erhalten sollten. Aber die Gefährlichkeit eines solchen Verhältnisses springt in die Augen. Wenn die Grundeigentümer nicht im Stande sind, die Zahlung ihrer Zinsen zu erzwingen, würde es für den Staat leichter sein, dies zu thun? Wenn jetzt die Führer der Homerule-Bewegung durch ihre Sympathien und durch ihren gesetzlichen Einfluß jene Pächter unterstützen, welche sich trotz der von den Privat-Eigentümern gegen sie angestrengten Prozesse in ihrem Landbesitz zu behaupten suchen, welche Art von Pression würde erst gegen die Regierung gebracht werden, wenn dieselbe nach einer schlechten Ernte ihre Ansprüche geltend machen wollte? Von diesen ernsten Bedenken nimmt aber Herr Bright gar keine Notiz. . . . Man nehme übrigens an, Bright's oder Parnell's Projekt wäre durchgeführt und 600,000 Pächter auf einmal in Eigentümer des Bodens, den sie innehaben, umgewandelt, was würde das Resultat sein? Eine große Zahl derselben hätte wohl einige Jahre lang ein verhältnismäßig behagliches Leben, aber die armen Geschöpfe im Donegal, Mayo und Galway, die jetzt hungern, obwohl sie keinen Zins zahlen, würden nicht weniger Hunger leiden, wenn sie auch von einer gesetzlichen Verpflichtung befreit wären, die sie ja jetzt auch nicht erfüllen.“ Die „Times“ erklärt allen diesen Projekten gegenüber, daß die irische Landfrage nur durch Arbeit, durch Verbesserungen und durch Thätigkeit an Ort und Stelle unter Mitwirkung der Landeigentümer, keineswegs aber durch deren bloße Ausscheidung gelöst werden könne.

Zum Schlusse bestreitet Bright der Regierung, daß sie, wie sie behauptet, die öffentliche Meinung des Landes für sich habe. Er sagte:

„Es hat seit langer Zeit keine Regierung und keine Politik in England gegeben, gegen welche so viele öffentliche Meetings gehalten wurden. Es hat niemals eine Regierung gegeben, welche weniger im Stande gewesen wäre, ein öffentliches Meeting irgendwo zu berufen, als die gegenwärtige Regierung in diesem Augenblick — ein öffentliches Meeting, um von demselben ein Zustimmungs- und Unterstützungs-Votum zu erlangen. Es gibt kein Publikum in England, das ein großes Meeting im Freien veranstalten könnte, wo es jedem frei stünde, zu kommen und zu sprechen; ein solches Meeting zur Unterstützung der Politik dieser Regierung ist unmöglich. Gewisse Zeitungen begehen die Nichtsmüdigkeit, Tag für Tag zu wiederholen, daß die Regierungspolitik die Sanction des Landes erhalten habe. Bringt diese Politik vor das Land, bringt sie vor das Tribunal der öffentlichen Meinung, bringt sie an die Wahlurne, und dann wollen wir sehen ob dieses Tribunal die elende Unfähigkeit und Schuld Ihrer Majestät gegenwärtiger Berather gutheist. Was hier ge-

hervorgegangenen Idealgestalt der Königin Luise. Wir hatten Gelegenheit, diese neue künstlerische Vertörperung der sympathischsten Frauengestalt aus der Geschichte unseres Herrscherhauses in der Werkstatt des Künstlers zu sehen, wenige Stunden bevor sie verpackt und auf den Weg zu ihrem endgültigen Bestimmungsorte gebracht wurde.

Durchaus verschieden von der jungfräulichen Königin, wie sie Richter für das kölner Museum gemalt hat, ist Ende's Königin Luise eine reife Frauengestalt, mit der doppelten Weibe der Mutter und der Königin auf Stirn und Antlitz. Um den elastischen Körper schmiegt sich ein enges Gewand, dessen Falten und Bruch an schweren Seidenstoff anklingen. Der Bildhauer hatte sich der geschichtlichen Treue halber aus dem Inventar der königlichen Paläste ein echtes Kleid seiner Helden verschafft, mit hoher Taille und kurzen, gepufften Ärmeln, und genau nach dem Schnitt dieses aus leichtem Stoffe fertigten Obergewand des für sein Modell eins aus schwerer Seide verfertigen lassen. Neben Schultern und Rücken aber wallt in breiten, reich und voll ausklingenden Falten ein den gleichen Stoff wie das Kleid nachahmender Mantel hernieder. Die Rechte der in ruhigem Vorwärtschreiten begriffenen Gestalt faßt denselben am Busen zusammen, während die Linke, lässig hinunterhängend, in seinen Falten zu ruhen scheint. Breite Spangen, mit bescheidenem Realismus ausgeführt, laufen um den Saum der Schlepe. Das leicht gesenkthe Haupt trägt das breite Diadem; Perlenketten flechten sich durch das volle Haar; und der Kopfschleier fällt, Kinn und Hals frei lassend, leicht und düstig zu den Schultern nieder. Die Rose im Gürtel ist auf Wunsch der Frau Kronprinzessin dem historischen Schmuck hinzugefügt worden. Für die Modellirung des Antlizes hat Ende die Todtenmaske zu Grunde gelegt, die sich beständig neben dem Schreibtische des Kaisers befindet und die trotz des schmerzlichen Zuges um den geschlossenen Mund und einiger zusammengezogener Partien doch immer noch ein deutliches Bild von den Zügen der edlen Dulderin bewahrt. Wir sahen in diesen letzten Tagen noch manche Bilder Luisens in den königlichen Gemächern. Keins ist dem anderen gleich, und was spätere Künstler geschaffen, von Rauch an bis Richter, erscheint wie die freie Variation eines halb unbekannten Themas. Für die Linie des Profils hat Ende nach Andeutungen, die ihm von kundiger hoher Stelle zugegangen sind, die Büste von König Friedrich Wilhelm IV. zu Hülfe gezogen. Die hoheitsvolle Gestalt wirkt fast

Er, von Natur ein frischer
Und lebensfroher Mensch,
War seines Zeichens Füher
Und seines Stammes: wend'sch.
Er hatte aufzuweisen
Nicht Frak, noch Pantolons,
Sein Wurfspieß war von Eisen,
Sein Hakenring von Bronze.
Die Spree gab reiche Beute,
Doch nota bene war
Sie damals nicht, wie heute,
So rein und silberfarb.“

Viele Toaste wurden ausgebracht und nach dem Festmahl tanzte die junge Welt.

Im Hotel de Rome wendete Niemand die Blicke rückwärts, sondern alle Freude gab sich den Freuden der Gegenwart, dem Genuss des Augenblicks hin. Es wohnten sehr viele Gäste, zumeist aus Künstlerfreien, dem Stiftungsfest des Vereins „Berl. Presse“ bei und die Zahl der Festteilnehmer betrug sicher mehr als zweihundert, wobei die Damen, sehr zum Leidwesen der Tanzlustigen unter ihnen, die Majorität bildeten. Herr Maximilian Reichmann, welcher einige seiner amüsantesten Parodien zum Besten gab, Herr Engels, vom Wallnertheater, der die erweiterte Glaßbrenner'sche Schillerparodie „Das Ballfest“ mit dem ihm eigenen trockenen Humor vortrug, Herr Schmidt vom Hoftheater, der mit seiner klänglichen Stimme ein Lied auf die Freudvortrag. Herr Menzel vom Nationaltheater, welcher Stimmen aus dem Thiere hören ließ und zwei sehr launige Toaste in poetischer Form, welche von Mitgliedern des Vereins „Eulenspiegel“ ausgebracht wurden, erweckten die heiterste Stimmung vor dem Festmahl und während desselben. Herr Wegener war gleichfalls bei dem Fest erschienen, ebenso Herr Keppler mit seiner Gattin, dann Herr Direktor von Hell und viele andere Künstler und Künstlerinnen. Ein fröhlicher Festabend, welcher bis gegen Morgen dauerte, schloß das heitere schöne Fest ab, bei welchem den Damen aus einer Glücksurne Bücher, Bilder und andere Gaben zufließen.

* Karl Karuz, der auch in Posen bekannte Berliner Komiker, war befannlich unter die Direktoren gegangen. In dieser neuen Stellung scheint er nicht auf Rufen gebettet zu sein, denn man liest in der Osnabrück-Ztg. einen Aufruf an „das geehrte Publikum von Osnabrück“, der nichts anderes ist als ein Rothschrei. Karuz erklärt, daß er von den Einnahmen der ersten sechs Vorstellungen nicht einmal die Hausmiete für das Theater, geschweige die Gagen der Schauspieler und Musiker, Honorare für Stücke, Druckosten ic. decken könne. Er appelliert an den Kunstmund und die hohe Bildung des Publikums und bittet herzlich, eine Gesellschaft von anständigen dramatischen Künstlern nicht zu Grunde gehen zu lassen durch Theilnahmlosigkeit. Hoffentlich raffen sich die kunstfremden Osnabrücker zu einer rettenden That auf.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 30. Jan. [Privatepefche der Posener Zeitung.] Se. Majestät der König hat das Kirchengesetz in betr. des Ruhegehalts der Geistlichen vollzogen, das dazu erforderliche Staatsgesetz soll unverzüglich dem Könige vorgelegt werden; es wird beabsichtigt, dasselbe noch in gegenwärtiger Session beim Landtag einzubringen.

sprochen worden ist, und die Aufnahme, die es gefunden hat, wird vor morgens Abends im ganzen Königreich bekannt sein und von Tausenden und aber Tausenden gelesen werden. Die Funken, welche mitunter hier geschlagen werden, werfen ihre Strahlen ab und zu in weite Ferne; die Resolution, durch welche die liberale Bevölkerung Birminghams sich auszeichnet, wird ein Echo und eine Antwort finden in den Herzen einiger Millionen unserer Landsleute. Fürchten wir uns nicht vor unseren Freunden, unseren Gegnern! Sie sind ihre eigenen Feinde nicht minder als die unserigen, denn ihre Politik ist eine elende und dem Lande schädliche, während unsere Politik, welche den Frieden bringt, die Industrie ermutigt, unter dem Volke Arbeit, Löhne, Gedanken und häuslichen Komfort verbreitet, eine Politik ist, welche unseren Freunden oder Feinden gleichfalls zugute kommt."

[In der jüngsten Sitzung des Londoner Vereins von Alterthumsforschern] gelangte ein durch die Admirälat übermitteltes Schreiben des Befehlshabers des britischen Geschwaders in den westindischen Gewässern, Kapitän Sullivan, zur Verlesung, worin derselbe mittheilt, daß die Überreste des großen Schiffahrers Christopher Columbus jüngst in der Kathedrale von San Domingo entdeckt worden seien. Der Sarg, in welchen seine Gebeine gelegt wurden, sei nicht, wie geglaubt wurde, nach Havana übergeführt worden, sondern befände sich noch auf der Kanzel gedachter Kathedrale und trage innerhalb und außerhalb des Deckels die Inschrift „Christopher Columbus, der große Admiral“. Im Laufe der Diskussion über diese Mittheilung wurde deren Richtigkeit stark bezweifelt. Ein Mr. Milman bemerkte, die Angelegenheit wäre unlängst in der Königl. historischen Akademie in Madrid zur Sprache gebracht worden. Dieselbe hätte ihrer Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Anschrift kein Zeitgenössisches Datum trage. Er hob ferner hervor, die Überführung der Überreste von Columbus im Jahre 1875 wäre mit so viel Umständlichkeit und Deffentlichkeit erfolgt, daß ein Irrthum nicht leicht vorgekommen sein könnte; die Gebeine wären wahrscheinlich die eines Enkels des Admirals desselben Namens. Mr. Franks, Direktor des Vereins der Alterthumsforscher, pflichtete dieser Ansicht bei.

Russland und Polen.

[Eine gefährliche Sendung.] Der „Rus. Ztg.“ wird aus Kursk berichtet, daß am 30. Dezember v. J. auf der Waarenstation der Moskau-Kursker Eisenbahn zwei Kästen mit scharfen Patronen und Gewehren aufgefangen wurden. Die Kästen, die von der russischen Transportgesellschaft zur Beförderung übernommen waren, sollten laut Bestimmung aus Petersburg nach Kiew gehen. Im Frachtbriefe war die Ware als „Metallsachen“ bezeichnet.

[Vom Achalte-Detachement.] Dem „Rus. Kur.“ wird aus Tiflis berichtet, daß General Tergulassow selbst eingetroffen sei, um den Operationsplan für dieses Jahr zu berathen. Alle Truppentheile, die an der Affaire von Gortzepe betheiligt waren, sowie das Alexandropol'sche und Achalzichische Regiment von der 41. Division sind entlassen. Die Linien von Dusulum bis Tschifislar halten Bataillone der 21. Division besetzt. Am 10. Januar sollte Generalmajor v. Schack an Stelle des erkrankten Chefs der Expedition als zeitweiliger Kommandeur nach Tschifislar abreisen. — Der Vorschlag des Ingenieurs Okunew, eine Eisenbahn von Krasnowodsk in die Steppe zu bauen, um schneller zum Ziele zu gelangen, ist in Tiflis beifällig aufgenommen worden. — Die Kosten der Expedition beliefen sich bis zum 1. Januar 1880 auf ca. 5 Millionen Rub., und nicht 10, wie petersburger Blätter verbreiteten.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

→ Berlin, 30. Januar, 5 Uhr Abends.

[Abgeordnetenhausitzung.] Der Gesetzentwurf, betr. die Vereinigung der Landgemeinde Oberbonsfeld mit der Stadtgemeinde Langenberg wird nach längeren Erörterungen an die Gemeinderatkommission verwiesen. Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die Frage der Erledigung der Mandate der Abgeordneten Walther, v. Tiedemann, Grüter und Kleinjorgen, welche Rang erhöhungen erfahren haben. Das Haus beschließt dem Antrage der Kommission gemäß zu erklären, daß die Genannten Sitze und Stimme nicht verloren haben. Mehrere Rechenschaftsberichte werden nach unerheblicher Debatte nach den Anträgen der Kommission erledigt.

Die Denkschrift über die erstmalige Revision der Gebäudesteuerveranlagung ruft eine längere Diskussion hervor. Schließlich wird die Denkschrift der Budgetkommission überwiesen. Die übrigen Nummern der Tagesordnung bestehen aus Rechenschaftsberichten, welche nach den Anträgen der Kommission erledigt werden. Nächste Sitzung morgen.

Das Herrenhaus erledigte den vom Abgeordnetenhaus an das Herrenhaus zurückgelangten Gesetzentwurf über die Befreiung der Kosten für die Bedürfnisse der linken katholischen Kirchengemeinden. Der sogenannte Glocken-Paragrapf wird nach dem Adam'schen Antrage, wonach zur Sicherstellung und Regelung der den bürgerlichen Gemeindebehörden betreffs der Benutzung von Kirchenglocken zustehenden Befugnisse der Oberpräsident die erforderlichen Anordnungen trifft, und nach Anhörung der kirchlichen Oberbehörde die feierlichen und festlichen Gelegenheiten nichtkirchlichen Charakters festsetzt, wobei die Kirchenglocken zu benutzen sind — jedoch unter Streichung der Worte „nach Anhörung der kirchlichen Oberbehörde“ angenommen. Die übrigen Paragraphen werden unverändert genehmigt.

Darmstadt, 30. Januar. Die zweite Kammer genehmigte mit 24 gegen 24 Stimmen den Verkauf der Weser-Bahn. Der Finanzausschuß der zweiten Kammer beantragt bezüglich der mainzer Brücke, daß die Kammer hierzu 3,600,000 Mark bewillige unter der Beschränkung, daß diese Bausumme unter keinen Umständen überschritten werden darf.

Zahl der Vereinsmitglieder von 375 auf 348, so daß dadurch ein Ausfall von 112 Mark an Mitglieder-Beiträgen entstand; dagegen wurde dem Verein von den Kreisständen des Landkreises Posen als Beihilfe für die Jahre 1877/79 der Betrag von 150 M. überwiesen, und von einem Vereinsmitgliede die Summe von 150 M. gespendet, wofür der Vorstand den Gebrem seinen warmsten Dank ausspricht. Ungeachtet der mühsamen allgemeinen Verbärfülfungen und des diesjährigen ungewöhnlich strengen Winters, welcher die Noth wesentlich erhöht und in den letzten Monaten des Jahres eine auffallende Vermehrung der Unterstützungsgefaue zur Folge gehabt, hat der Vorstand doch den erhöhten Anforderungen genügen können, ohne, wie im Vorjahr, eine weitere Beringerung des Reservesonds eintreten lassen zu müssen. Es wurden im verflossenen Jahre bewilligt: an einmaligen Unterstützungen 1550 M. (gegen 1137 M. im Vorjahr), an fortlaufenden Unterstützungen 1442 M. zusammen 3001 M. (gegen 2594 M. des Vorjahrs) und zwar an 21 Invaliden und an Eltern, Wittwen oder Kindern von 27 verstorbenen ehemaligen Kriegern. Von den in den Vorjahren bewilligten Darlehen sind wiederum 43 Mark eingegangen, so daß nur noch 37 M. ausstehen, welche in kleinen Raten im nächsten Geschäftsjahr zur Einziehung gelangen sollen. Der Vorstand spricht die Bitte aus, das Interesse für die Stiftung nicht erkalten zu lassen und dasselbe auch in weiteren Kreisen anzuregen und zu beleben. Insbesondere erscheint es nothwendig, der die Stiftung wesentlich schädigenden irigen Ansicht entgegenzutreten, nach welcher im Hinblick auf den reich dotirten staatlichen Invalidenfonds die Thätigkeit der Stiftung für eine minder nothwendige erachtet wird. Es wird dabei erkannt, daß der Kaiser-Wilhelm-Stiftung statutenmäßig die äußerst zahlreichen Fälle als Feld der Wirksamkeit angewiesen werden, in denen die Staatsunterstützung nach den maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen ausgeschlossen ist. — Die Einnahmen betrugen pro 1879: 3248 M., davon Kassenbestand aus dem Jahre 1878: 295 M., Beiträge von 348 Mitgliedern 1380 M., Beihilfen 1440 M., und zwar von dem Verwaltung-Ausschuß der Kaiser-Wilhelm-Stiftung in Berlin 390 M. von dem Herrn Oberpräsidenten Beihilfe aus Provinzialfonds 450 M. von der Kreissäße Beitrag pro 1877/79: 450 M., Geschenk eines Unbekannten 150 M.; ferner Zinsen von 1500 M. Pfandbriefen 50 M.: Abzahlungen auf Darlehen 43 M. Die Ausgaben betrugen 1559 M. an einmaligen Unterstützungen, 1442 M. an laufenden monatlichen Unterstützungen, 172 M. an Verwaltungskosten, zusammen 3173 M. Es bleibt mithin ein Bestand von 75 M.; außerdem ist ein Reservefonds in Höhe von 1500 M. (nominal) in Posener Pfandbriefen vorhanden. — Die Rechnung ist von der Revisionskommission, bestehend aus dem Kaufmann Sal. Löwinsohn, Amtsgerichtsrath Gregor und Kaufmann Gehlen revidirt, und bis auf ein Monum formelles Natur für richtig befunden worden. Nach Erledigung derselben wurde dem Vorstande von der Versammlung Decharge ertheilt. — In den Vorstand wurden alsdann pro 1880 wiedergewählt die bisherigen Vorstands-Mitglieder: Polizeipräsident Stadt u. Apotheker Kirchstein, Kaufmann H. Rosenfeld, Regierungsrath Gabel, Kommerzienrat L. Jaffé, zu Stellvertretern Buchhändler R. Lewinson und Kaufmann J. Blumenthal; zu Kassenreviseuren: Kaufmann Sal. Löwinsohn, Amtsgerichtsrath Gregor und Kaufmann Gehlen. Damit erreichte die Versammlung, welche 8 Uhr Abends begonnen hatte, nach einstündiger Dauer ihr Ende.

G. R. Aus den Verhandlungen der polytechnischen Gesellschaft. Es wurde eine ausführliche Beschreibung des Schlachthauses-Etablissements in Krakau vorgetragen und durch photographische Abbildungen und Situationspläne erläutert. In das etwa 1½ Morgen große, theils von Baulichkeiten, theils von einer Mauer umschlossene Gehöft gelangt man durch das Beamtenhaus, wo Thierarzt, Inspektor und Wächter untergebracht sind. In der Mitte des Terrains befindet sich das Schlachthaus, dessen Inneres ein großer Halle bildet. Um dasselbe herum ziehen sich die verschiedenen Ställe, vor dem Schweinstall befindet sich eine Schwemme, welche die Thiere vor dem Schlachten passiren müssen. Die Räume für Abfallwasser haben starkes Gefälle und führen nach der Weichsel. Das nötige Wasser wird aus einem ergiebigen Brunnen auf den Wasserkunst geschafft und von hier durch Leitungen nach allen Räumen verteilt. Über den Fleischkontum der Stadt Krakau und die Rentabilität des Unternehmens wurde noch Folgendes bemerkt:

Der Schlachtwang ist in Krakau durch Verordnung vom 23. Dezember 1836 eingeführt. Nach dieser darf Vieh jeder Art mit Ausnahme von Geflügel nur im städtischen Schlachthause und zwar unter Kontrolle des städtischen Thierarztes geschlachtet werden. Die Einführung von rohem Fleisch in die Stadt ist verboten. Ueberhaupt darf nur Fleisch von Thieren verkauft werden, welche im städtischen Schlachthause geschlachtet und mit dem Stampf des betreffenden Thierarztes versehen sind. Jedes andere Fleisch wird konfisziert. Lebendes Vieh darf unter keinen Umständen das Schlachthaus wieder verlassen. Krakau hat etwa 50,000 Einwohner, der Konsum beträgt nach dreijährigem Durchschnitt für das Jahr: 10,294 Ochsen, 1776 Kühe, 248 Großälber, 13,391 Rinder, 1330 Schafe, 9266 Schweine und 229 Lämmer und Ferkel. Die Gebühren, einbezogen Lof, Wärterhilfe, kaltes und warmes Wasser und der Geräthschaften mit Ausnahme der Messer, Hämmer und Beile sind zu zahlen, der Krieger zu 2 Pfennig gerechnet, für einen Ochsen 1,40 Mark, eine Kuh 1,20 M., ein Großstall 0,40 M., ein Kalb 0,30 M., ein Schaf 0,30 M., ein Lamm oder Ferkel 0,10 M. und ein Schwein 1,40 M. Der verhältnismäßig hohe Sab für ein Schwein findet in der großen Menge heißen Wasser, das beim Zurichten gebraucht wird, seine Begründung; eine Untersuchung auf Trichinen findet nicht statt. Das Schlachten dauert von Morgens 6 Uhr bis Abends 5 Uhr, die spätere Zeit ist der Reinigung der Lokalitäten vorbehalten, nur ausnahmsweise kann gegen besondere Gebühren des Nachts geschlachtet werden. Für die Benutzung der Ställe ist eine besondere Entschädigung zu zahlen. Das Terrain war Eigentum der Stadt, die Kosten des Baues der massiven mit Schiefer gedeckten Baulichkeiten waren auf 254,000 Mark veranschlagt, es sind aber nur 230,000 Mark verausgabt worden. Der Bruttoertrag war auf rund 39,300 Mark berechnet, Zinsen und Betriebskosten auf 22,500 Mark, so daß sich ein Überschuss von nahezu 17,000 Mark erwarten ließ. Im ersten Betriebsjahr vom 1. Oktober 1878 bis um dieselbe Zeit 1879 stellte sich aber das Verhältnis weit günstiger heraus. An Bauzinsen wurde gespart, die Betriebskosten waren niedriger, wie veranschlagt, die Einnahmen größer, weil Fleisch nach Wien exportiert wurde, so daß sich der Reinertrag auf beinahe 20,000 Mark belief. Es findet also Verzinsung des Anlagekapitals statt. Das Etablissement liegt außerhalb der Stadt und ist darauf Rücksicht genommen, daß der jetzt noch werden kann. Die Dampfpumpe zur Förderung des Wassers ist von Gebr. Decker in Canstadt (Württemberg) und kostet franco Krakau 5000 M. Sie kann innerhalb 24 Stunden gegen 270,000 Liter heben, etwa der sechste Theil dieses Quantums wird täglich gebraucht. Der Anfangs projektierte Eisfessel ist nicht zur Ausführung gekommen, da die Eisfänger eigene Eisfeller benutzen; auch die in Aussicht genommene Talgimzelzer ist noch nicht in Thätigkeit.

Aus der Zeitschrift für Spiritus-Industrie wird über ein von J. C. Berlin in Altona erfundenes und patentiertes Verfahren, Rohspiritus durch Höllenstein zu reinigen, referirt. Die nach Stärke und Qualität des Spiritus werden zwanzig bis fünfzig Gramm Höllenstein auf 10,000 Liter Rohspiritus verwendet hat. Ein halber Gramm davon soll auf 500 Liter Spiritus genügen, um ihm jeden übeln Geruch zu nehmen, bei guter Rohware soll schon die Hälfte der genannten Menge denselben Erfolg erzielen.

Im Anschluß an eine Mittheilung aus der Wochenschrift des Vereins deutscher Ingenieure wurde über Wirkung und Zweck der Theeranzüchtung im Innern von Dampfkesseln verhandelt. Es ist nicht selten, daß Dampfkessel, besonders Siederohrkessel im

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Eben hat der zweite Band von „Wippchen's sämtlichen Berichten“ von Julius Stettenheim die Presse verlassen. Dieselbe enthält u. A. „Wippchen's Brief an seine Kollegen“, den Stettenheim unter so ungeheurem Jubel beim Kongress-Diner im Zoologischen Garten vorlas, nebst der Tischkarte von Paul Menerheim in getreuer Kopie, ferner das Porträt Wippchen's als Käfer und die Karte von Afghanistan von Wippchen gezeichnet. Das Buch ist elf Bogen stark und elegant ausgestattet, genau wie der erste Band.

Vocales und Provirzielles.

Posen, 31. Januar.

= Eine zeitgemäße Reminiszenz in Betreff der Geistlichkeit und der Schulen im Posener Lande.] Im Jahre 1873 begannen die hiesigen polnischen Blätter und Blättchen den Kampf gegen die sogenannten Simultanschulen und waren bestrebt, ihren denksaften Lefern einzureden, daß durch Einführung dieser Schulen die Rechte der heiligen Kirche verkürzt, den Geistlichen es aber unmöglich gemacht werde, ihren heiligen Pflichten in Ertheilung des Religionsunterrichtes nachzukommen. Wer diese Artikel liest, ohne die Verhältnisse in unserer Stadt und Provinz zu kennen, muß zu dem Glauben veranlaßt werden, daß die katholischen Geistlichen zu wahrhaft apostolischem Eifer den größten Theil des Tages in den Schulen zubrachten, um, wie jeder andere Lehrer, aus einer Klasse in die andere wandernd, den Religionsunterricht selbst zu ertheilen, aus Furcht, daß selbst der rechtgläubigste Lehrer, ohne es zu wollen, bei der Erklärung des Katechismus sich einer kleinen Häresie zu schulden kommen lassen könne, durch welche das Seelenheil der ihnen anvertrauten Lämmlein in Gefahr gerathen würde. Wir sind fast überzeugt, daß die Lefer der polnischen Zeitschriften, welche nun schon seit sieben Jahren die Thiden gegen die Simultanschulen lesen, selbst glauben, man habe den arbeitseifigen Geistlichen den Stuhl vor's Haus gesetzt, ihnen die Erfüllung ihrer Pflichten ganz unmöglich gemacht, ja diese Lefer ahnen wohl nicht einmal, daß man ihnen fromme Aufschneidereien aufbindet, ihnen Geschichten erzählt, die nicht wahr sind. — Es gab von den mehr als achthundert Geistlichen unserer Provinz kaum 1 p.C. solcher Seelenhirten, die ihr Recht, den Religionsunterricht in der Schule zu ertheilen, auch als ihre Pflicht betrachteten und dieselbe ausübten, wie es einem Lehrer gebührt. Vom Reste, also von 99 p.C., gab es höchstens 20 p.C. solcher Geistlichen, welche die Schule mehr oder minder regelmäßig alle 4—6 Wochen besuchten, nicht um den Religionsunterricht zu ertheilen, sondern um sich von den Fortschritten der Schulkinder im Allgemeinen zu überzeugen. Der ganze große Rest von Geistlichen begnügte sich, einmal im Jahre und zwar während des Examens die Schule auf einige Stunden zu besuchen, um den Rapport an die Regierung einzufertigen zu können. Sie besuchten in diesem Falle die Schulen nicht in ihrer Eigenschaft als Geistliche, als Seelsorger, sondern als Schulinspektoren. Wir waren in der Lage, recht viele Inspektionsbücher der Schulen unserer Provinz zu studiren, und hatten hierdurch Gelegenheit, so manche merkwürdige Entdeckung zu machen. Da fanden wir sogar Bücher, in welchen der Namen der betreffenden Präpste nur alle 13 und alle 12 Monate mit der flüchtigen Bemerkung eingetragen war: „Alles in Ordnung gefunden“. Sollten nun wirklich diese 99 p.C. von Geistlichen so sehr darüber empört sein, daß sie heute gesetzlich der unliebsamen Pflicht, den Religionsunterricht zu ertheilen, entthoben sind? — In der am 25. d. M. hier von einer polnisch-katholischen Volksversammlung vorgelesenen und zur Unterschrift bei den Präpsten ausgelegten Petition gegen die Simultanschulen ist kein Wort davon enthalten, daß unsere Präpste, mit Ausschluß eines einzigen, den Religionsunterricht in den Schulen nie ertheilt haben, sondern daß die Lehrer für sie thun müssten. Aber auch der eine, welcher eine Ausnahme von dieser Regel macht, hat, wie das Klassenbuch ausweist, nicht regelmäßig seine Religionsstunden abgehalten, sondern wie es eben paßte, vielleicht wie es ihnen seine Zeit gestattete. Die Agitation gegen die Simultanschulen, welche hier in Szene gesetzt wurde, hat somit einen andern Grund, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir hinter ihr nationale Tendenzen vermuthen, was ja auch in den polnischen Zeitschriften fälschlich angedeutet ist. Wir sind überzeugt, daß unsere Geistlichen entweder den Religionsunterricht wie früher werden ertheilen lassen, oder daß, wenn sie sich die Mühe geben werden, ihn selbst zu ertheilen, sie sich lediglich der polnischen Sprache, selbst solchen Kindern gegenüber, die der deutschen bereits mächtig sind, bedienen werden. Bei uns hat jedenfalls die Simultanschule noch eine ganz andere Bedeutung, als in Elbing oder Westfalen, und dies wird wohl der Minister von Buttkamer in Erwägung ziehen müssen, wenn ihm die posener Petition in die Hände gelangt. Unserer Ansicht nach wird er auch danach fragen müssen, wie viele Religionsstunden jeder der hiesigen Präpste ehemals wöchentlich in den Schulen ertheilt hat.

1. Der hiesige Zweigverein der Kaiser-Wilhelm-Stiftung hielt am 29. d. M. unter Vorsitz des Polizeipräsidienten Stadt u. Apotheker Kirchstein seine ordentliche Generalversammlung ab. Dem zur Vertheilung an die Mitglieder gelangten Jahresberichte ist folgendes zu entnehmen: Im verflossenen Geschäftsjahr verminderte sich zwar die

Innern stark rosten und zwar da, wo das Wasser so rein ist, daß es wenig oder gar keinen Kesselstein absetzt, dann aber auch an Kesseltheilen, die nur von Dämpfen bestrichen werden, so daß sich an denselben kein Absatz aus dem verdampfenden Wasser bilden kann. Die Kesselbleche kommen hier in Berührung mit den aus dem Speisewasser beim Erwärmen entweichenden Theilchen, die eine Zeit lang an den Blechen haften bleiben, durch Oxidation das Eisen angreifen und ein Defektwerden der Kesseltheile zur Folge haben können. Auch das Fett in dem zum Speisen benutzten Kondensationswasser kann recht nachtheilig wirken. Ein zweckmäßig ausgeführter Theeranstrich soll diesen Nebelstand beseitigen; nächstdem verhindert er das feste Anhaften des Kesselsteins, so daß derselbe erheblich schneller entfernt werden kann. Am wirkamsten ist der Anstrich bei neuen ganz rostfreien Blechen. Altere müssen sorgfältig gereinigt werden, dann wird der Theer warm aufgetragen, ist der Anstrich auf Armeslänge erfolgt, mit einem Lappen abgerieben, so daß der überflüssige Theer entfernt wird und nur eine dünne Schicht auf dem Eisen bleibt. Der Anstrich muß vollständig hart getrocknet sein, ehe der Kessel in Betrieb gezeigt werden darf. Einen gleich guten Erfolg soll man durch Mennigeanstrich erzielen, doch muß auch dieser dünnflüssig aufgetragen werden und vollständig trocken. Um das Abrosten eines Kessels an der Außenfläche einzuschränken, empfiehlt es sich, denselben, sowie er länger als zwei bis drei Tage außer Betrieb kommt, außen sorgfältig zu reinigen und mit einem Theeranstrich zu versehen.

Zur Kirchenpolitischen Lage. Die von Fulda aus verbreitete Nachricht, Papst Leo hätte neuerdings den preußischen Bistumsverwesern und Domkapiteln ausgedehnte Vollmachten in allen kirchlichen und politischen Angelegenheiten ertheilt, findet im „Kur. Pozn.“, dem Organ des hiesigen Domkapitels, ein entschiedenes Dementi. Der „Kur.“ erklärt die Nachricht für gänzlich erfunden.

Berwendung von früheren Justiz-Unterbeamten. In Folge der am 1. Oktober v. J. eingetretenen Umgestaltung der Justizbehörde ist die Zahl der Stellen für den gerichtlichen Unterbeamten Dienst bekanntlich erheblich verminder und damit eine große Zahl der bisher etatsmäßig angestellten und diätarisch beschäftigten Unterbeamten disponibel geworden, welche theils auf Wartegeld gestellt, theils aber auch aus ihren seitherigen Dienststellungen ganz entlassen sind. In Fürsorge für diese Beamten hat der Unterrichtsminister die Provinzial-Schulkollegien mit Anweisung dahin verliehen, bei Wiederbelebung solcher zur Erledigung kommenden Stellen innerhalb ihres Bezirks, in welchen sich die dientlos gewordenen Justiz-Unterbeamten qualifizieren (Schuldiener &c.), in erster Reihe auf die Unterbringung dieser Beamten Bedacht zu nehmen und behufs Bezeichnung derselben sich mit der Justizbehörde in Verbindung zu setzen. Die Zahl der disponibel gewordenen Justiz-Unterbeamten im preußischen Staate beläuft sich auf 914.

Die ausgelösten Landschafts-Pfandbriefe und die Kirchenkassen. Angesichts der vielen seit lange ausgelösten, aber nicht der Landschaft zur Auszahlung überbliebenen Pfandbriefe macht der Korrespondent des „Kurier Poznański“ aus der Gegend von Schmiegen, natürlich nicht in der gebührenden objektiven Form, darauf aufmerksam, daß sich wohl die meisten dieser Pfandbriefe in den Truhen der bürgerlichen Kirchenvorstände befinden, die mit demselben durchaus nicht Bescheid wissen, namentlich aber keine Ahnung davon haben, daß sie ausgelöst werden und nach einer gewissen Zeit zu Gunsten der Landschaft verfallen. Die bürgerlichen Kirchenvorsteher lesen übrigens keine Zeitungen, in denen die Nummern der ausgelösten Pfandbriefe publiziert werden, und wenn sie auch solche Zeitungen lesen würden, würden sie doch die Mitteilung nicht begreifen. Da das Kirchenermögen aber durch die Unkenntnis der Kirchenvorsteher nicht vermindert werden darf, im Gegenthü die dafür verantwortlich sind, geraten sie in Schulden, denn schon mancher bürgerliche Kirchenvorsteher hat für einen verjährten oder gar verbrannten Pfandbrief mit seinem Vermögen aufkommen müssen. Der Korrespondent rät den bürgerlichen Kirchenvorsteher, sie möchten die in ihrem Gewahrsam befindlichen Wertpapiere der hiesigen Rüstfahrt-Bank übergeben, wodurch sie vor Verlust verwahrt würden.

Reklamationen von Militärflichtigen. Mit Rücksicht auf die im Monat März stattfindende Aushebung der Militärflichtigen machen wir darauf aufmerksam, daß Reklamationen wegen Zurückstellung in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse recht bald an den Zivil-Vorsitzenden der Erbsak-Kommission einzureichen sind. Es dürfen vorläufig zurückgestellt werden: 1. die einzigen Ernährer hilfsloser Familien, erwerbsunfähiger Eltern, Großeltern und Geschwister; 2. der Sohn eines zur Arbeit und Aufsicht unsfähigen Grundbesitzers, Pächters oder Gerbtreibers, wenn dieser Sohn dessen einzige und unentbehrliche Stütze zur wirtschaftlichen Erhaltung des Besitzes, der Pachtung oder des Gewerbes ist; 3. der nächstälteste Bruder eines vor dem Feinde gebliebenen, oder an den erhaltenen Wunden gestorbenen, oder in Folge derselben erwerbsunfähig gewordenen, oder im Kriege an Krankheit gestorbenen Soldaten, sofern durch die Zurückstellung den Angehörigen eine wesentliche Erleichterung gewährt werden kann; 4. Militärflichtige, welchen der Besitz oder die Pachtung von Grundstücken durch Erbschaft oder Vermächtnis zugesunken, sofern ihr Lebensunterhalt auf deren Bewirtschaftung angewiesen und die wirtschaftliche Erhaltung des Besitzes oder der Pachtung auf andere Weise nicht zu ermöglichen ist; 5. Militärflichtige, welche in der Vorbereitung zu einem Lebensberufe oder in der Erlernung einer Kunst oder eines Gewerbes begriffen sind und durch eine Unterbrechung einen bedeutenden Nachtheil erleiden würden; 6. Militärflichtige, welche ihren dauernden Aufenthalt im Auslande haben. — Durch Verheirathung eines Militärflichtigen könnten Anprüche auf Zurückstellung nicht begründet werden.

r. Verhaftet wurde am Mittwoch ein Bettler, welcher in einem Laden auf der Neuenstraße unter Aussichtung von Drohungen gebebt, alsdann durch einen herancommenden Schuhmann verschucht, auf der Ziegelnstraße ein Ladenmädchen geschlagen hatte, und auf den Schuhmann, der ihn verhaftet wollte, mit einem Hammer losging. Mit Hülfe hinzucommender Soldaten gelang es endlich, den frechen Menschen, welcher um sich schlug und bis zu bändigen und ihn mittels eines Schlittens gebunden nach dem Polizei-Gefängniß zu bringen.

□ Frankfurt, 29. Jan. [Von der Landwirthschaftsschule.] In der heutigen Sitzung des Kuratoriums der Landwirtschaftsschule wurde beschlossen, der nun auch von den städtischen Behörden getheilten Ansicht, daß die Verlegung der Landwirtschaftsschule für die Anstalt von Nutzen sei, nicht entgegengesetzt. Die motivirten Bewerbungen von vier Städten wurden dann vorgelegt und besprochen. Zwei derselben wurden in nähere Erwägung gezogen, nämlich die von Kosten und Samter, und der Vorsitzende, Ober-Regierungsrath Berens aus Posen, mit dem Direktor der Anstalt zugleich beauftragt, an Ort und Stelle darüber Erhebungen anzustellen, welcher von beiden Orten sich am Besten für die Schule eigne. Das Resultat dieser Untersuchung sollen derselben einer in den nächsten Tagen in Posen zusammenstehenden Versammlung der Kuratoren vortragen.

△ Schneidemühl, 29. Jan. [Städtische höhere Töchterschule. Besteigung.] Seit circa einem halben Jahre wirkt an unserer höheren Töchterschule der neue Dirigent Herr Ernst, welcher aus Franzburg bei Stralsund hierher berufen wurde. In dieser kurzen Zeit hat sich derselbe das Vertrauen der Eltern in einem hohen Maße zu erwerben gewußt. Es sind durch Herrn Ernst auch eine Reihe namhafter Verbesserungen eingeführt worden. Der katholische Religionsunterricht, welcher seit mehreren Jahren in der Anstalt nicht ertheilt worden war, wurde auf seine Veranlassung wieder aufgenommen. Die Stadtbehörde engagierte den Hauptlehrer Winkel als Religionslehrer. Um die Leistungen der Anstalt zu steigern, beantragt der neue Dirigent eine Vermehrung der Lehrkräfte und erweiterte den Lehr- und Stundenplan. Auch hierauf ging die Stadtbehörde mit anerkennenswerther Bereitwilligkeit ein. Der Winkel Lehrer Gröbe wurde als Hilfslehrer angestellt. Kreisschulinspektor Kupfer und Superintendent Grützner widmen einen Theil ihrer freien Zeit ebenfalls unseres städtischen

höheren Töchterschule. Zu Anfang des Winter-Semesters wurde der Turnunterricht — zunächst facultativ — eingeführt. Die Beteiligung der Schülerinnen ist eine sehr rege. Das unter solchen Verhältnissen sich die Anzahl der Schülerinnen bedeutend gehoben hat, ist selbstverständlich. Bei Beginn des Winterhalbjahres konnten ca. dreißig neue Schülerinnen aufgenommen werden. Für die Hebung der qu. Schul-anhalt ist Bürgermeister Wolff auch seinerseits recht thätig gewesen, und gehürt ihm auch in dieser Beziehung besondere Anerkennung. Um weiter gehenden Ansprüchen, namentlich für die Töchter höherer Beamten, genügen zu können, soll möglichst bald eine Seletta errichtet werden. Wir wünschen dem neuen Dirigenten auch dazu den besten Erfolg. — Der Arbeitsmann Theophil Polzin aus Schneidemühl, welcher auf der Straße mit einem ihm Begegnenden Streit angefangen hatte und dann mit einem Messer nach demselben gestochen und ihn am Halse verwundet hatte, ist wegen vorjährlicher Körperverletzung durch Erschöpfung des königl. Landgerichts Strafammer II. mit zwei Jahren Gefängnis bestraft worden.

Posener Müllerverband.

Zur Konstituierung eines posener Müllerverbandes, welcher die Mühlensitzer und Mühlensinteressenten des Regierungsbezirks Posen umfassen und sich an den bestehenden Hauptverband deutscher Müller anschließen soll, fand am 29. d. M. in dem Lokale des Vereins für Geselligkeit eine von ca. 50 Personen besuchte Versammlung statt. Generalagent Stadtrath Annen (Posen) bewilligte die Versammlung im Auftrage derjenigen Interessenten, welche die öffentliche Einladung zu derselben erlassen hatten, und forderte die Anwesenden auf, einen Vorsitzenden zu wählen. Als solcher wurde Stadtrath Annen gewählt, welcher unter Zustimmung der Versammlung das Bureau aus dem Dampfmühlensitzer Anton Kratochwill (Posen) und dem Fabrikbesitzer Dr. N. May (Starolena bei Posen) als Schriftführer bildete. Alsdann ertheilte der Vorsitzende dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Müller, Herrn von den Wynaert aus Berlin, das Wort zur Erörterung der Ziele des Verbandes deutscher Müller.

Herr von den Wynaert misst zunächst auf die großen Vortheile hin, welche in der Gegenwart das Verbandswesen überbaut einen jeden Gewerbe behufs Förderung der Gewerbsinteressen bringt, und theilte dann Näheres über den Ursprung des Verbandes deutscher Müller mit. Derselbe datire aus den Jahren 1864/65, indem damals mehrere kleinere Müllerverbände in Sachsen, welche allerdings nur ähnliche Ziele wie die Innungen verfolgten, eine Versammlung in Dresden abhielten, zu welcher auch Redner eingeladen wurde. Er habe seine Beteiligung von der Bedingung abhängig gemacht, daß der zu bildende größere Verband ein andauerndes Wirken entalte, und seinen Einfluß besonders auch dahin geltend mache, daß die bisher im Müllereinehen übliche Geheimniskrämerie aufhöre. Es sei ihm denn auch gelungen, das ursprüngliche Programm des Dresdener Verbandstagestags umzustalten und seine Prinzipien zur Geltung zu bringen, indem er es überzeugend darlegte, daß es ein Unding sei, mit irgend einer neuen Maschine Geheimniskrämerie treiben zu wollen, da jeder Techniker eine von ihm konstruierte neue Maschine auch Anderen anbiete, und jedem Mühlensitzer durch Rückspuren mit seinen Kollegen eine bittere und kostspielige Schule der Erfahrung erspart werde. Seit der Zeit, die seitdem verlossen, sei es dem Verband deutscher Müller gelungen, die deutsche Mühlens-Industrie durch Austausch der Ideen und Erfahrungen außerordentlich zu heben und ihre Achtung und Bedeutung bei Regierung und Volk zu verschaffen, indem gegenwärtig eine Zentralstelle vorhanden sei, welche in allen Angelegenheiten, welche das Mühleneinehen betreffen, befragt werde und Auskunft ertheile, auch das Interesse des Gewerbes nach allen Richtungen fördere. — Redner erörterte ferner in großen Zügen, was der Verband bisher geleistet habe; wies darauf hin, daß der Nutzwert derselben die Abschaffung der Mahl- und Schlachtfsteuer zu verdanken sei; ferner habe es der Verband erzielt, daß die Mahlgangsteuer, welche pro Mahlgang und Monat 3 M. betrug, beseitigt wurde. Ebenso sei es demselben gelungen, die Ausnahme-Frachttarife, welche es ungarisch-österreichischen Mühlern ermöglichte, Wehl nach den Ostseehäfen zu schaffen, und so mit den deutschen Mühlern zu konkurrieren, in Wegfall zu bringen. Auch habe er es neuerdings durchgesetzt, daß der Zoll auf auswärtiges Getreide, falls das daraus erzeugte Wehl ausgeführt wird, zurückverglüttet wird. Schließlich sei es ihm vor ca. 14 Tagen gelungen, daß auch bei Eisenbahn-Ladungen von 5000 Kilo die ermäßigte Waggonladungs-Fracht in's Leben tritt, während diese bisher nur bei mindestens 10,000 Kilo Ladung gewährt wurde. Der Verband habe damit gezeigt, daß es sein Streben sei, auch das kleinere kleineren Mühlensitzer zu fördern, entgegen dem Vortheile, als ob der Verband nur die Interessen der großen Mühlensitzer wahrnehme. — Auch das Versicherungswesen habe sich der Verband sehr angelegen sein lassen. Er habe für seine Mitglieder günstige Versicherungsprämien mit der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft vereinbart, und es erzielt, daß der Versicherte bei Brandschäden auf eine regelhafte Regulirung rechnen könne. Dieser mit der Magdeburger Gesellschaft abgeschlossene Vertrag, welcher zum 1. Juli d. J. 12 Jahre bestehen, sei neuerdings prorogirt worden. Ähnlich günstige Vereinbarungen seien in Beider Unfalls-Versicherung getroffen worden. — Der Verband, welcher sich bereits über fast ganz Deutschland ausdehne, sollte nun auch auf das Großherzogthum Posen erstreckt werden, wo allerdings die Verschiedenheit der Nationalitäten mancherlei Schwierigkeiten bereite. Doch mögen die Polen an dem Namen: Verband „deutscher“ Müller, keinen Anstoß nehmen, da mit diesem Namen nur angedeutet werde, daß das Interesse der Müller im ganzen deutschen Reiche ein und dasselbe sei, indem sie überall, auch in dem Großherzogthum Posen, unter ein und derselben Gesetzgebung stehen. Der hier zu bildende Verband könne demnach ganz gut beide Nationalitäten umfassen.

Der Vorsitzende richtete hierauf an die Versammlung die Anfrage, ob sie die Gründung eines Verbandes beschließe; nachdem diese Frage bejaht worden war, wurde dem Verbande der Name „Posener Müllerverband“ gegeben. — Alsdann wurde in die Berathung über die Statuten des Verbandes eingetreten, wobei die Statuten des thüringischen Zweigverbandes zu Grunde gelegt wurden. Bei der Berathung sprach Fabrikbesitzer v. Urbanoowski (St. Lazarus bei Posen) dem Vorsitzenden in polnischer Sprache seinen Dank dafür aus, daß er die Einladung zur Bildung des Verbandes auch in polnischen Zeitungen erlassen habe, und knüpfe daran den Wunsch, daß den polnischen Mitgliedern des Verbandes die Möglichkeit gewährt werde, mit dem Vorsitzenden auch in polnischer Sprache zu verhandeln, und daß demnach in denselben auch Mitglieder polnischer Nationalität gewählt, außerdem die Statuten des Verbandes auch in polnischer Sprache gedruckt werden möchten. Mit diesem Wunsche erklärte sich die Versammlung einverstanden. — Nach dem von der Versammlung angenommenen Statut hat der Verband den Zweck, Alles, was zur Erbung und Entwicklung des Mühlengewerbes beitragen kann, in seinem Besitz, und zwar durch Versammlungen, Vorträge, Erhebung des collegialen Verfehrs und durch sonstige geistliche Mittel fördern zu helfen.

Nachdem sich 35 Anwesende als Mitglieder eingezzeichnet hatten, wurden zu Vorstandsmitgliedern gewählt: Dampfmühlensitzer Anton Kratochwill (Posen), Fabrikbesitzer Dr. N. May (Starolena bei Posen), Dampfmühlensitzer Schneider (Lissa), Generalagent Stadtrath Annen (Posen), Dampfmühlensitzer Jolowicz (Posen), Fabrikbesitzer v. Urbanoowski (St. Lazarus bei Posen), Ingenieur Benemann (Posen). Der Vorsitzende konstituierte sich alsdann in der Weise, daß Herr A. Kratochwill zum Vorsitzenden, Hr. Annen zum stellvertretenden Vorsitzenden, Herr Dr. N. May zum Schriftführer, Herr Benemann zum stellvertretenden Schriftführer, Herr Jolowicz zum Schatzmeister, die Herren Schneider und v. Urbanoowski zu Beisitzer gewählt wurden.

Herr von den Wynaert entwarf alsdann ein Bild von

dem jetzigen Zustande der Technik in der Mühle, welches sich ebensowohl durch reiche Fachkenntnis, wie klare Darstellungsweise auszeichnete. Redner knüpfte an die vorjährige, von dem Verbande deutscher Müller veranstaltete Ausstellung in Berlin an, wies auf das außerordentliche Interesse, welche dieselbe überall, auch im Auslande erweckt habe, sowohl auf den von dieser Ausstellung zu erneuteten Aufschwung des Müllereiwesens gegebenen Aufschwung hin, und besprach nun einzelne Gegenstände auf dieser Ausstellung: die Reinigungsmaschinen, die Spülgänge, die Mühlsteine, die Walzen aus verschiedenem Material, darunter auch die Porzellanzwischenlagen, die Desintegratoren und die Dismembratoren, die Zentrifugal-Ziebmashinen &c., und erwähnte auch der neuere Mühlsteine aus Glas und Porzellan, von denen er insbesondere die letzteren als werthlos bezeichnete. Die Anwesenden folgten dem inhaltlichen Vortrage mit gespanntester Aufmerksamkeit. Damit erreichte die Versammlung 1½ Uhr Mittags ihr Ende. An dieselbe schloß sich im Saale des Vereins für Geselligkeit ein gemeinschaftliches Mittagessen.

Bermischtes.

* Eine „Damen-Universität“. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Berlin geschrieben: Eine Universität für Damen hier zu gründen, ist das einzige Bestreben der verw. Frau Amtshauptmann Fr. welche unter dem Schriftstellernamen Fabrius in weiteren Kreisen bekannt ist. Nach dem Tode ihres Gatten hat dieselbe nach vorangegangener Vorbereitung mehrere Jahre auf einer schweizer Universität Medizin und Philosophie studirt. Die Art und Weise, in welcher auf den Universitäten von Herren und Damen doctirt wird, hat Frau Fr. veranlaßt, für eine ausschließliche Damen-Universität zu agitiren. Sie hat für ihre Bestrebungen in vielen Kreisen, namentlich bei den Mitgliedern des Vereins zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts Unterstützung zugesichert erhalten. Aus dem Ertrage ihrer Schrifstellerischen Thätigkeit hat Frau Fr. ein Kapital angesammelt und bei einem Bankier deposit, welches als Grundstock für die zu gründende Damenhochschule dienen soll. Zunächst will sie junge gebildete Damen um sich versammeln, um ihnen Vorträge über den Beruf der Frau zu halten. Frau Fr. verwohrt sich übrigens davor, als ob sie gleiche Rechte für das weibliche Geschlecht mit dem männlichen anstrebe.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die gesetzliche Regelung der Feld- und Forst-Polizei. Ein Wort zur Aufklärung und Verständigung. Von Prof. Dr. Bernhard Voigt, Leipzig, bei Hugo Voigt. Die Broschüre tritt der leidenschaftlichen und tendenziösen Agitation gegen das Gesetz entgegen, ohne doch für dessen Prinzip einzutreten. Der Verfasser will Feld und Wald unter den Schutz des allgemeinen Strafgeebuchs gestellt wissen. Er bestreitet überhaupt, gestützt auf das Einführungsgesetz zum ersten Strafgeebuch vom 14. April 1851, sodann auf das zum Strafgeebuch für den Norddeutschen Bund vom 31. Mai 1870 und das für das deutsche Reich vom Jahre 1872, die landesrechtliche Kompetenz zur Regelung der Materie. Nur polizeiliche Vorschriften dürften die Landesregierungen erlassen. Der Verfasser kommt schließlich zu folgendem Vorschlage:

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rural-Polizei.

S 1.

Mit dem 1. Januar 1882* treten im ganzen Umfang des preußischen Staates außer Kraft:

1. Das Forstdiebstahlsgesetz vom 15. April 1878.
2. Alle zu Zeit noch als zu Recht bestehend zu erachtenden, die sogenannten Forst- und Feldfrevel, wie die Forst- und Feldpolizei betreffenden Strafgesetze und Verordnungen.

S 2.

Von diesem Tage ab werden alle Forst-, Feld- &c. Frevel, welche begrifflich unter die §§ 242, 303, und 307 oder sonstige Paragraphen des Strafgeebuches fallen, lediglich nach dem Strafgeebuch bestraft.

S 3.

Der Justizminister hat mit dem Landwirtschaftsminister und dem Minister des Innern bis zu diesem Zeitpunkt administrative Vorschriften zu vereinbaren und zu erlassen, durch welche ohne Verletzung der allgemeinen Normen der deutschen Strafprozeßordnung die Anzeige und Aburtheilung der sog. Forstrügefahlen aus größeren Forstkomplexen möglichst vereinfacht wird.

S 4.

Bis zum gleichen Zeitpunkt haben sämtlichen Regierungen oder die an ihre Stelle tretenden Provinzialbehörden neue „Polizeiverordnungen zum Schutz der Bodenfultur“ zu redigieren und zu erlassen, welche den territorialen Bedürfnissen Rechnung tragen, aber für Handlungen, die begrifflich unter die genannten oder sonstigen Paragraphen des Strafgeebuches fallen, Strafvorschriften nicht enthalten dürfen.

* Nach Befinden auch 1881.

Briefkasten.

S. Posen. Ihre Anfrage in betr. der sächsischen Kosten der Ortspolizei-Verwaltung, welche von der Stadtgemeinde Posen zu tragen sind, ist dahin zu beantworten: In dem Voranschlag für die Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde Posen pro 1879/80 sind die Kosten folgendermaßen angegeben: Equipagengelder für den Polizeipräsidenten 900 M.; Pferdegelder: dem Polizei-Inspektor 300 M., den Kriminal-Kommissaren 600 M.; der Königl. Polizeidirektion zu Bureau- und Amtsbedürfnissen 10,000 M.; den 6 Polizeibureaus zur Belebung und Beleuchtung 900 M.; dem Gefangenwärter zu Licht, Besen, Räucherbeeren &c. 72 M.; Arrestanten-Pflegungs- und Transportkosten 1890 M.; Sicherung des Inventars der Bureaus 24 M. 10 Pf.; Inventar 28 M. — Hierin sind nur in dem Entwurfe zu dem Voranschlag pro 1880/81 folgende Änderungen eingetreten: Der Königl. Polizeidirektion sind zu Bureau- und Amtsbedürfnissen 13000 M. ausgesetzt; die Arrestanten-Pflegungs- und Transportkosten sind auf 1858 M., die Sicherung des Inventars auf 25 M. 60 Pf. festgesetzt. — Es betragen demgemäß nach dem Etat pro 1879/80 die sächsischen Kosten der Ortspolizei-Verwaltung 14714 M. 10 Pf., und sind pro 1880/81 nach dem Entwurfe zu dem Etat auf 17683 M. 60 Pf. festgestellt.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anfragen übernimmt die Redaktion keine Berantwortung.

Den der Stadt-Auflage beiliegenden Prospekt über Soennecken's Mundschrift- und Stahl-schreibfeder-System empfehlen wir der bes

Oberschlesische Eisenbahn.
Wir bringen hiermit wiederholt zur Kenntnis des beteiligten Publikums, daß wir das Speditions-geäft in Firma Moritz S. Auerbach hier selbst, Magazinstr. Nr. 15, zum Rollfuhr-Unternehmer für die Station Posen bestellt haben.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß diejenigen Empfänger, welche ihre Güter selbst oder durch andere Personen abrollen lassen wollen, dies unserer Güter-Expedition rechtzeitig vorher anzugeben haben.

Posen, den 17. Januar 1880.

Königliche Eisenbahn-Kommission.

Oberschlesische Eisenbahn.

Wir bringen hiermit wiederholt zur Kenntnis des beteiligten Publikums, daß wir Herrn Spediteur Moritz Jacobsohn in Bromberg zum Rollfuhr-Unternehmer für die Station Bromberg bestellt haben.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß diejenigen Empfänger, welche ihre Güter selbst oder durch andere Personen abrollen lassen wollen, dies unserer Güter-Expedition rechtzeitig vorher anzugeben haben.

Posen, den 17. Januar 1880.

Königliche Eisenbahn-Kommission.

Nothwendiger Verkauf.

Die in dem Dorfe Alt-Odrau-Hauland unter Nr. 38 und Nr. 62 belegenen, den Eigentümern Johann August und Wilhelmine geborenen Fabiunke-Knauer'schen Cheleuten gehörigen Grundstücke, welche mit einem Flächeninhalt von bezw. 21 Hektaren 70 Acre 30 Quadratstabs und 3 Hektaren 38 Acre 30 Quadratstabs der Grundsteuer unterliegen und mit einem Grundsteuer-Niemertrage von bezw. 67,20 und 5,28 Mark und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 75 Mark veranlagt sind, sollen behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 14. Februar 1880,

Vormittags 10 Uhr,

im Schulzenhause zu Alt-Odrau-Hauland versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von den Grundstücken und alle sonstigen derselben betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau des unterzeichneten Königl. Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigentumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf die oben bezeichneten Grundstücke geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Anprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluss über die Erteilung des Bauschlags wird in dem auf den 19. Februar 1880,

Vormittags um 11½ Uhr,
im Schulzenhause zu Alt-Odrau-Hauland anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Nürnberg, den 14. Dez. 1879.

Königl. Amtsgericht.

Für das Forst-Etablissement Nehhorst der Oberförsterei Tannenwalde soll ein Biehstall erbaut werden. Die Kosten sind egl. Titels "Insgemein" und egl. des Titels "Holz" aus 2913 M. 37 Pf. veranschlagt und soll der genannte Bau im Submissions-Versfahren an den Mindestfordernden vergeben werden.

Besiegelter Offerten mit der Bezeichnung "Neubau eines Biehstalles für das Forst-Etablissement Nehhorst" sind bis zum

Donnerstag,

den 12. Februar 1880,

Vormittags 11 Uhr,

hierbei einzurichten, um welche Stunde die Definition der Offerten in Gegenwart der erreichenen Submittenten erfolgen wird.

Der Kostenanschlag, nebst zugehöriger Zeichnung und Bedingungen können in meinem Bureau während der Dienststunden eingesehen werden.

Mogilno, den 28. Januar 1880.

Der Königl. Kreisbaumeister.

H. Heinrich.

Chemiker Dr. Hauck ozonifirter Dorschleberthran à Flasche 12½ Sgr., bei Schwindfucht, strohlosen Leiden &c. vielfach benährt, ist in Posen nur allein bei Herrn Awotheke Dr. Mankiewicz zu haben.

In der Konkursache des Kaufmanns Philipp Kauffmann zu Gollau schen hat der Kaufmann Adolph Kantorowicz zu Posen nachträglich folgende Forderungen angemeldet:

1. 301 M. 50 Pf. nebst 6 Proz. Zinsen seit dem 15. Mai 1879, 6 M. Protestosten und 45 M. Kostenpauschquantum.
2. 300 M. nebst 6 Proz. Zinsen seit dem 19. Mai 1879, 5 M. 50 Pf. Protestosten und 30 M. Kostenpauschquantum.
3. 221 M. 65 Pf. nebst 6 Proz. Zinsen seit dem 20. Mai 1879, 4 M. 75 Pf. Protestosten und 30 M. Kostenpauschquantum.

Zur Prüfung derselben wird ein Termin auf

den 14. Februar 1880,

Vormittags 10 Uhr,

im hiesigen Gerichtsgebäude anberaumt.

Wongrowitz, den 9. Jan. 1880.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen der eingetragenen Genossenschaft "U" werden die Konkursgläubiger unter Verweisung auf die SS 140 und 141 der Konkursordnung benachrichtigt, daß bei der vorzunehmenden Abzugs-Vertheilung die nicht bevorzugten Forderungen, welche in dem auf der Gerichtsschreiberei zur Einsicht niedergelegten Verzeichnisse aufgeführt sind, im Betrage von Mf. 109383,67 zu berücksichtigen sind und daß der verfügbare Massenbestand Mf. 13439,34 beträgt.

Posen, den 30. Januar 1880.

Der Konkurs-Verwalter.

Ludwig Manheimer.

Bekanntmachung.

Am 4. Febr. d. J. Vorm. 10 Uhr, werde ich im Pfandlokal der Gerichtsvollzieher 1 Sophia, 1 Spiegel mit Conje und Marmorplatte öffentlich gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Posen, den 30. Januar 1880.

Hohensee, Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung.

Am 3. Februar d. J. Vormittags 10 Uhr, werde ich vor dem Schulzenamte in Komornik zwei Ziegen und eine Grube Kartoffeln öffentlich gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Posen, den 28. Januar 1880.

Hohensee, Gerichtsvollzieher.

Vacante Pfarrstelle.

Die hiesige evangelische Pfarrstelle, mit welcher ein Einkommen von 2100 M. jährlich neben freier Wohnung verbunden, ist sofort zu besetzen. Bewerber haben ihre Meldungen an Herrn Superintendenten Esche in Borek, Reg.-Bez. Posen, zu richten.

Santomischel, im Januar 1880.

Der evangel. Gemeinde-

Kirchen - Rath.

Emil Brust,

Stellvertretender Vorsteher.

Offene Aufseherstelle.

An unserer Anstalt ist die Stelle eines Aufsehers sofort zu besetzen. Civilversorgungsberechtigte, rüstige Bewerber mit sehr guten Zeugnissen — nur solche — wollen ihre Papiere baldigst an uns einreichen.

Kosten, den 23. Januar 1880.

Direktion des Arbeits- und Landarmenhaußes.

Die 1. Lehrerstelle an der hiesigen 3 klassigen, in nächster Zeit 4 klassigen katholischen Schule, mit einem Gehalt von 1090 Mark neben freier Wohnung und incl. einer Brennmaterialien-Entschädigung von 90 Mark, ist vacant. Der Schulvorstand hat das Präsentationsrecht.

Bewerber wollen ihre Geufüe unter Beifügung der Beugnisse in Nähe an mich einsenden.

Schmiegel, den 26. Januar 1880.

Der Lokal-Schul-Inspektor.

Clemens,

Bürgermeister.

Ein gutes

Cigarren Geschäft

mit mehr als 16,000 Mark Umsatz, in Hirschberg i. Schl. gelegen, ist bald billig zu verkaufen. Erforderlich 3-4000 M. Miete 400 jährlich. Weiteres unter H. T. durch die Exp. dieser Zeitung.

Fröbel'scher Kindergarten Friedrichstr. 15, I. Etage.

Zum 1. Februar finden noch neue Zöglinge (kleine Knaben und Mädchen von 3—6 Jahren) in unserm Kindergarten

rechtszeitig vorher anzugeben haben.

Posen, den 17. Januar 1880.

Königliche Eisenbahn-Kommission.

Oberschlesische Eisenbahn.

Wir bringen hiermit wiederholt

zur Kenntnis des beteiligten Publikums, daß wir das Speditions-

geäft in Firma Moritz S. Auer-

bach hier selbst, Magazinstr. Nr. 15,

zum Rollfuhr-Unternehmer für die

Station Posen bestellt haben.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß diejenigen Empfänger, welche ihre Güter selbst oder durch andere Personen abrollen lassen wollen, dies unserer Güter-Expedition

rechtszeitig vorher anzugeben haben.

Posen, den 17. Januar 1880.

Königliche Eisenbahn-Kommission.

Oberschlesische Eisenbahn.

Wir bringen hiermit wiederholt

zur Kenntnis des beteiligten Publikums, daß wir Herrn Spediteur

Moritz Jacobsohn in Bromberg

zum Rollfuhr-Unternehmer für die

Station Bromberg bestellt haben.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß diejenigen Empfänger, welche ihre Güter selbst oder durch andere Personen abrollen lassen wollen, dies unserer Güter-Expedition

rechtszeitig vorher anzugeben haben.

Posen, den 17. Januar 1880.

Königliche Eisenbahn-Kommission.

Nothwendiger Verkauf.

Die in dem Dorfe Alt-Odrau-Hauland unter Nr. 38 und Nr. 62 belegenen, den Eigentümern Johann August und Wilhelmine geborenen Fabiunke-Knauer'schen Cheleuten gehörigen Grundstücke, welche mit einem Flächeninhalt von bezw. 21 Hektaren 70 Acre 30 Quadratstabs und 3 Hektaren 38 Acre 30 Quadratstabs der Grundsteuer unterliegen und mit einem Grundsteuer-Niemertrage von bezw. 67,20 und 5,28 Mark und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 75 Mark veranlagt sind, sollen behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 14. Februar 1880,

Vormittags 10 Uhr,

im Schulzenhause zu Alt-Odrau-Hauland versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von den Grundstücken und alle sonstigen derselben betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau des unterzeichneten Königl. Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigentumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf die oben bezeichneten Grundstücke geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Anprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluss über die Erteilung des Bauschlags wird in dem auf den 19. Februar 1880,

Vormittags um 11½ Uhr,

im Schulzenhause zu Alt-Odrau-Hauland anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Nürnberg, den 14. Dez. 1879.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Am 4. Februar d. J. Vorm. 10 Uhr, werde ich im Pfandlokal der Gerichtsvollzieher 1 Sophia, 1 Spiegel mit Conje und Marmorplatte öffentlich gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Posen, den 30. Januar 1880.

Hohensee, Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung.

Am 3. Februar d. J. Vormittags 10 Uhr, werde ich vor dem Schulzenamte in Komornik zwei Ziegen und eine Grube Kartoffeln öffentlich gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Posen, den 28. Januar 1880.

Hohensee, Gerichtsvollzieher.

Vacante Pfarrstelle.

Die hiesige evangelische Pfarrstelle, mit welcher ein Einkommen von 2100 M. jährlich neben freier Wohnung verbunden, ist sofort zu besetzen. Bewerber haben ihre Meldungen an Herrn Superintendenten Esche in Borek, Reg.-Bez. Posen, zu richten.

Santomischel, im Januar 1880.

Der evangel. Gemeinde-

Kirchen - Rath.

Emil Brust,

Stellvertretender Vorsteher.

Offene Aufseherstelle.

An unserer Anstalt ist die Stelle eines Aufsehers sofort zu besetzen. Civilversorgungsberechtigte, rüstige Bewerber mit sehr guten Zeugnissen — nur solche — wollen ihre Papiere baldigst an uns einreichen.

Kosten, den 23. Januar 1880.

Direktion des Arbeits- und Landarmenhaußes.

Die 1. Lehrerstelle an der hiesigen 3 klassigen, in nächster Zeit 4 klassigen katholischen Schule, mit einem Gehalt von 1090 Mark neben freier Wohnung und incl

Bekanntmachung.

Bei der am 23. d. Mts. auf Grund der Allerhöchsten Privilegien vom resp. 24. Mai 1869 und 17. Oktober 1877 stattgefundenen Ausschüttung Posener Kreis-Obligationen sind nach Maßgabe der festgestellten Tilgungspläne folgende Nummern zur Tilgung im Jahre 1880 gezogen worden:

I. Emission vom Jahr 1869.

Litt. B. über je 100 Thlr. oder 300 Mark und zwar:
Nr. 7 18 27 53 68 und 96, zusammen 1800 Mark.

Litt. C. über 50 Thlr. oder 150 Mark.

Nr. 266 = 150 Mark.

Litt. D. über 25 Thlr. oder 75 Mark.

Nr. 176 = 75 Mark.

II. Emission vom Jahr 1877.

Litt. B. Nr. 6 zu 1000 Mark.

Litt. C. Nr. 36 zu 500 Mark.

Diese Stücke werden hiermit den Inhabern

zum 31. Dezember 1880

gekündigt mit der Aufforderung, von diesem Tage ab die Valuta gegen Rückgabe der benannten Obligationen nebst Coupons und Talons bei der Kreis-Kommunal-Kasse hier selbst abzuheben.

Posen, den 26. Januar 1880.

Der Königliche Landrat.

Hagelversicherungs-Bank für Deutschland von 1867 in Berlin.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß wir Herrn

Leo Werner in Posen

die Verwaltung unserer General-Agentur für den Regierungs-Bezirk Posen und für den Bezirk der Stadt Thorn nebst Umgegend übertragen haben.

Berlin, Januar 1880.

Die Direktion.

Auf vorstehende Bekanntmachung Bezug nehmend, empfehle ich mich zu Versicherungsabschlüssen für obige Gesellschaft und erkläre mich zu jeder gewünschten Auskunft, sowie zur Annahme und Berücksichtigung von Agenturbewerbungen gern bereit.

Posen, Januar 1880.

Leo Werner, Kanonenplatz 11.

Provinzial-Actien-Bank des Großherzogthums Posen.

Zu der Montag, den 9. Februar dieses Jahres, Nachmittags 4 Uhr, in unserem Geschäftslocale, Friedrichstraße 8, stattfindenden außerordentlichen General-Versammlung werden die Aktionäre unter Bezugnahme auf § 30 u. 39 des Statuts vom 20. Dezember 1875 hiermit eingeladen, um über die Abänderung des Paragraphen 3 des Statuts: betreffend die Dauer der Gesellschaft bis zum 1. Januar 1891, Beschluss zu fassen.

Die Einlaß- und Stimmenarten können von den nach § 31 des Statuts berechtigten Actionären am 7. und 9. Februar d. J., in den Geschäftsstunden von 10 bis 12 Uhr, im Banklocale in Empfang genommen werden.

Posen, den 5. Januar 1880.

Die Direktion.

Ziegler.

Zur Aufnahme von Nerven- und Gemüths-Leidenden empfiehlt seine Villa

Dr. med. Jacobi, Grünberg in Schl.

Beschränkte Zahl von Kranken. Familien-Anschluß. Behandlung mit Electricität.

Laden und Wohnung in frequenter Geschäftsgegend zu vermieten. Näheres bei Boas Wreschner, Klosterstr. Nr. 8.

Ein j. Mann sucht Kost u. möbl. Wohnung in der Nähe des Berl. Thores. Preis-Offerten unter A. Z. postlagernd erbeten.

Das S. Neumann'sche Geschäftslökal ist vom 1. April ab zu vermieten. Näheres in der Eisenhandlung Markt 44.

Eine kleine Wohnung jetzt, auch später zu verm. Schuhmacherstr. 16.

Wohnung gefügt zu Pensionszwecken ca. 8 Zimmer, auch in übereinander liegende Etagen getheilt, per Juli oder Oktober. Offerten P. D. 18 postlagernd Posen.

Martinstraße 18 ist verleugungs-halber die halbe 1. Etage — 6 Stuben nebst einger. Badestube und sonstigem Zubehör — zum 1. April er. zu vermieten.

Eine ev. gepr.

Erzieherin,

welche seit mehreren Jahren mit gutem Erfolge unterrichtet, sucht Ostern Stellung in einer Familie. Nähere Auskunft erh. Herr Dr. Schummel, Breslau, Dominikanerplatz Nr. 2.

Ein unverheiratheter Gärtner, der sich über seine Fachtüchtigkeit genügend ausweisen kann, findet zu fortwährendem Antritt Stellung. Meldungen zu richten.

Dom. Kikowo. (Poststation.)

Einmaliges Auftreten des 12-jährigen Violinvirtuosen **Maurice Dengremont**

aus Rio de Janeiro

in Posen.

Mittwoch, den 11. Februar 1880.

Silber-Votterie.

Veranstaltet vom Verein für Orts- und Heimatkunde zu Gunsten des Vereins-Museums zu Altena a. d. Lenne.

Mit obrigkeitlicher Genehmigung.

Ziehung spätestens am 11. April 1880 zu Altena.

Erster Hauptgewinn: Ein vollständiges Silber-Service, reich geschnitten, vergoldet und emailliert, 5600 gr. schwer, im Werthe von 1500 Mark.

Zweiter Hauptgewinn im Werthe von 700 Mark.

Dritter

5	Gewinne	=	=	=	550	=
6	=	=	=	=	600	=
4	=	=	=	=	270	=
2	=	=	=	=	258	=
30	=	=	=	=	72	=
50	=	=	=	=	750	=
100	=	=	=	=	1000	=

100	=	=	=	=	1000	=
-----	---	---	---	---	------	---

100	=	=	=	=	rc. rc.
-----	---	---	---	---	---------

Loose à 1 M. zu haben in der Expedition der Posener Zeitung.

Für einen intelligenten Landwirth

angenehmen Charakters gegenw. selbststgr. Beamter mit 1200 Thlr. jährl. Einkommen, wird ein

kath. Mädchen

mit dem erforderlichen Vermögen zum Ankauf eines Rittergutes gefucht.

Offerten befördert sub Q. 2013 die Annonce-Expedition von Rudolf Moos, Breslau.

Ein Brenner

m. gut. Zeugnissen u. Empfehlungen sucht Stellung. Ges. Ausk. erh. d. Kgl. Domänenpächter Hr. v. Sänger-Polajewo.

Suche zum 1. April oder auch später eine Administration oder Ober-Inspektor-Stellung. Bin 32 Jahr Landwirth, verheirathet (1 Kind), habe lange Jahre Güter selbstständig mit gutem Erfolg bewirtschaftet. Diese Stellung verlasse ich, weil die Besitzung in polnische Hände übergegangen. Gute Atteste und Empfehlungen vorhanden.

Factorowo p. Samotschin, Station Weizenhöhe. Blank, Guts-Administrator.

Eine gebildete Dame wünscht eine Stellung als Gesellschafterin oder Hausdame in einer feinen Familie. Adressen unter 2996 an die Exp. d. Danz. Ztg. in Danzig erbeten. Einen kräftigen Lehrling zur Schlosserei verlangt

Theodor Klau,

Thorstraße 16.

Ein jüng. junger Commis, welcher seine 3½-jährige Lehrzeit in einem Colonial-, Kurzwaaren- und Destillations-Geschäft am 1. Juli v. J. beendete und mit der Destillation, sowie mit der polnischen Sprache ziemlich vertraut ist und momentan sich noch auf derselben Stelle befindet, sucht Veränderungshalber pr. 1. April cr. bei beiderhanden Ansprüchen Engagement.

Näheres erbitten unter H. E. 100 postlagernd Rawitsch.

Für einen bei mir ausgelernten jungen Mann, den ich bestens empfehlen kann, suche ich per 1. April eine Stelle als

Lagerdiener.

Reinhold Petzold,

Lissa, P. Posen,

Colonialwaaren-Handlung

und Destillation.

Ein unverheiratheter

Gärtner,

der sich über seine Fachtüchtigkeit genügend ausweisen kann, findet zu fortwährendem Antritt Stellung. Meldungen zu richten.

Dom. Kikowo. (Poststation.)

Ein 12-jähriger Violinvirtuose Maurice Dengremont aus Rio de Janeiro in Posen.

Mittwoch, den 11. Februar 1880.

In Folge des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 17. Juli 1878 halten wir die seit 1. Januar 1879 eingeführten

Arbeitsbücher und Arbeitskarte II,

sowie die

Formulare A, B, C, D, E, F

vorrätig.

Dieselben sind genau nach amtlicher Vorschrift angefertigt.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich:

Jenni Jablonska.

Julius Beer.

Buk.

Carlsbad.

Als Verlobte empfehlen sich:

Johanna Camitzer.

Moritz Unruh.

St. Louis W. Pr. Neustadt a. W.

Durch die Geburt eines muntern Knaben wurden heute hocherfreut

Theodor Auerbach und Frau,

geb. Lewinska.

Posen, den 29. Januar 1880.

Nach langen schweren Leiden starb am Freitag Nachmittag um 3½ Uhr meine liebe Frau und gute Mutter Emilie Deter im Alter von 56 Jahren; dies zeigt betrübt und um stille Theilnahme bitten an

W. Deter als Gatte,

Georg Deter als Sohn.

Beerdigung Montag, den 2. Februar, Nachmittag 4 Uhr.

M. 4. II. 7½ A. I. J.

Posener Schachclub.

Die Eintrittskarten zum Stiftungs-feste können von heute ab bei Herrn Kornicker, Markt 49, in Empfang genommen werden.

Montag, den 2. Februar:

Generalprobe

zur Theatervorstellung.

Zu dem am Sonnabend, den 31. Januar stattfindenden Familien-Kränzchen laden ergebenst ein

F. Skrzeszewski,

Kl. Gerberstraße 4.

Auch Saal für Gesellschaften ist noch einige Tage in der Woche zu vergeben.

Eisbeine

bei Oskar Meyer, Bergstr. 15.

Heute zum Frühstück frische

Kräfte, Abends Eisbeine, wo zu

ergebenst einladet. H. Polinski.

Heute Eisbeine.

F. W. Mewes.

Herrn Sonnabend Eisbeine.

L. Joseph, Wiener Tunnel.

Zu den verschiedenen Abthei-lungen des

Winter-Tanz-Cursus

nimmt noch Anmeldungen entgegen

Ballet-Meister Plaesterer,

Mühlenstr. 7, part. rechts.

Verlore!

eine goldene Damenuhr mit kurzer

goldener Kette, auf dem Zifferblatt

gezeichnet M. K., inwendig Patek-

Philippe-Genève, auf der Prome